Nr. 257

INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



14. Oktober 1993

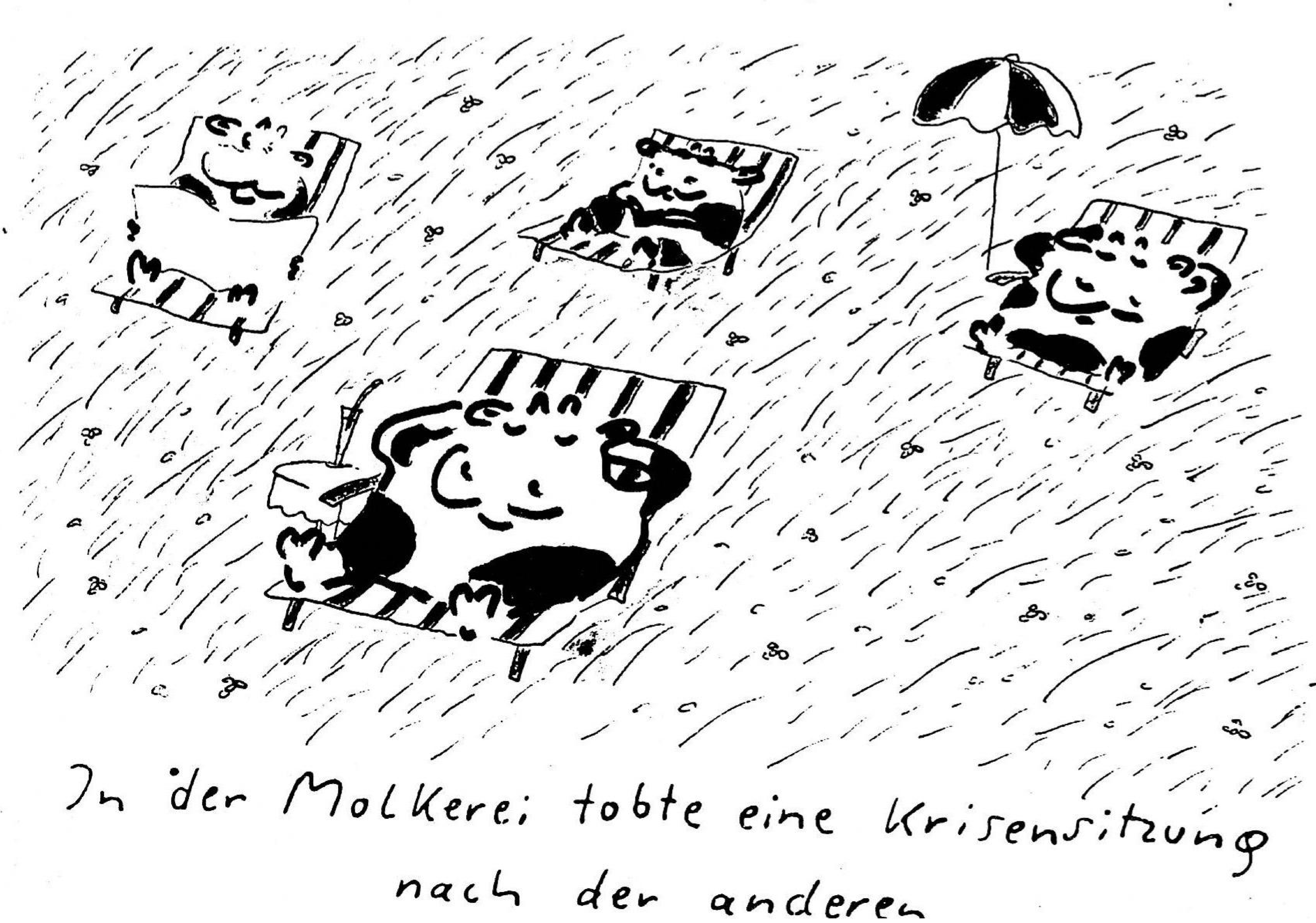
Hallo - Hallo - Hallo - Hallo - Hallo - Hallo - Hallo - Hallo -

Wagenburg geräumt, Potsdamer besetztes Haus geräumt, Villa neu besetzt, Platz neu besetzt. Warum müssen wir uns die meisten Infos aus der bürgerlichen Presse holen?Schreibt uns was! Was heißt hier Häuser- und Wagenburgenaktionstage, Solidarität braucht Information, und zwar rechtzeitig! Und auch etwas inhaltliche Stellungnahme dazu könnte nicht schaden.
Gefreut haben wir uns über den Rußland-Artikel; den über Somalia haben wir aus der bahamas geklaut und den über Dev Sol aus dem ak (es lebe die Ausgewogenheit!). Und noch ein Tip an die Kiezfee: Kauf doch regelmäßig die Zitty, da gibts Kontaktanzeigen-Seiten, falls dich interessiert, was der Typ schreibt.
Übrigens wißt ihr doch bestimmt alle, daß Hachez (die Schokoladenfirma) das Olympia-Stadion-1936-Modell aus Marzipan gebaut hat, das dann bei Karstadt zu bewundern war. Also: keine Hachez-Schokolade an uns (sie war auch nicht so lecker; leicht bestechlich sind wir trotzdem).

Inhalt:



Ordner:



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

AUFRUF

zu den Häuser- und Wagenburg Aktionstagen vom 18. bis 23.10 `93




Am 18.10.93 tagt die Senatsinnenverwaltung in einer nicht öffentlichen Sitzung zum Thema "Innere Sicherheit bei Häuserräumungen." Nach drei Jahren relativer Ruhe, planen Heckelmann & Co nun die Räumung der Wagenburgen, sowie der letzten 22 besetzten Häuser. Die durch den Widerstand bei der Mainzer Straßenräumung, starke MieterInnenproteste, sowie das olympische Bewerbungskonzept bedingte Stillhaltepolitik des Senats soll nun zuende sein. Am 7.10.93 räumten 900 Bullen in einer dreitägigen Aktion die Wagenburg in der Waldemarstraße/Engelbecken. Gleichzeitig halten sich Senat und Bezirke die Räumung aller Wagenburgen in der Innenstadt offen. Für mehrere besetzte Häuser in Friedrichshain liegen bereits Räumungspläne vor.

Wir wollen nicht warten, bis uns die herbstliche Räumungswelle überrollt. Wir wollen bereits in der Anfangsphase beginnen, unsere Inhalte auf die Straße zu tragen und dem Senat zu zeigen, daß sein Szenario nicht glatt über die Bühne gehen wird. Unsere in drei Jahren entstandenen Freiräume und Projekte werden wir nicht kampflos aufgeben. Über 500 Menschen sollen aus Ihren Wohn- und Lebensräumen vertrieben werden. Nicht nur mit ihrem Widerstand wird der Senat rechnen müssen.

Wir wehren uns gegen eine Politik der Herrschenden in dieser Stadt, die immer mehr Menschen durch Mieterhöhungen, Wohnungs- und Häuserräumungen, Luxussanierungen und den Bau immer teurerer Geschäftshäuser aus den Innenstadtbezirken vertreibt. Am Ende soll Berlin- City eine Stadt der Reichen mit Eigentumswohnungen, teuren Einkaufsmeilen und schikken Stadteilen für die Regierungsbeamten sein. Gerade wir Menschen in den besetzten Häusern und Wagen mit unseren entgegengesetzten politischen und kulturellen Vorstellungen sind dem Senat dabei im Weg. Das Olympiaspektakel haben wir Ihnen versaut. Spucken wir ihnen nun in ihre elitäre Hauptstadtsuppe!!

Beteiligt Euch an den Aktionstagen! Unterstützt die besetzten Häuser und Wagenburgen!

WIR BLEIBEN ALLE



Mittwoch, 20.10.93 MITTE

Koppenplatz
15 Uhr **Kiezspaziergang**

Schwul-lesbische Wagenburg
Leuschnerdamm/Adalbertstr.
20 Uhr **Volxküche**

Donnerstag, 21.10.93 PRENZLAUER BERG

Tramhaltestelle Kastanienallee
7 bis 9 Uhr **Kaffee, Kekse und Plausch für Leute mit und ohne Fahrschein**

Kollwitzplatz
15 Uhr **Aktion Friedenspfeife, Infostand zu Hanf**
17 Uhr **Volxküche, Musik, Theater**

WAWAVOX, Kastanienallee 77
18 Uhr **Eintagesausstellung: "Fundstücke" und Café**
ab 21 Uhr **lebendige Musik**

Freitag, 22.10.93 "eigentlich Ruhetag"

Parochialkirche
19 Uhr **"Tucho-Sun-Splash" 6 Bands für 10 Mark**

Niederbarnim 23
20 Uhr **große und allgemeine Demo-VV**

Yorkstr. 59
22 Uhr **"Auf in den Tanz" - Party**

Samstag, 23.10.93 DEMOTAG

Rotes Rathaus
13 Uhr **Schneller - Lauter - Bunter Fahrrad (!!!) - und Wagenumzug**

Kinderbauernhof Adalbertstr./Mauerstreifen
Abschlußkundgebung der Demo
anschließend **Volxküche**

Wagenburg Schwarzer Kanal,
Schillingbrücke/Köpenicker
19 Uhr **Abschlußfest, Feuershow, Variete, Open-Stage**

Den Rest dürft Ihr Euch selber ausdenken!!!

Gebt Termine für weitere Veranstaltungen an folgende Punkte im Kiez:

Anlaufpunkte vor und während der Aktionswoche und Programmauslage:

Mitte: K.D.W., Neue Schönhauser 9 (ab 20 Uhr)
W-Berlin: Infocafe Vamos, Marchstr./Einsteinufer
Prenzlberg: Wawavox, Kastanienallee 77
Friedlhain: Filmriss:Rigaerstr. 103



das definitiv-vorläufige Programm

ständige Termine

ab sofort und jetzt immer !!!!

in F.hain: Frankfurter Tor
in P.berg: Kollwitzplatz
in X.berg: Oranienplatz

18 Uhr **bei Räumung Spontandemo im betroffenen Kiez**

Sonntag, 17.10.93 AUFTAKT

Brunnenstr. 7
20 Uhr **Auftaktveranstaltung**
Videopremiere: AK Kraak die 10.

Montag, 18.10.93 WESTBERLIN

Fasanenstr. 3
ab 14 Uhr **Spektakuläres Happening gegen happige Spekulation**

Joachimsthaler/Lietzenburger
15 Uhr **Fischstäbchen und Straßenaktionen**

Kinderbauernhof Adalbertstraße
15 Uhr **Kinderprogramm**

19 Uhr **Vokü und Film**

Dienstag, 19.10.93 FRIEDRICHSHAIN

Grünberger 73
10 Uhr **Frühstück**

Filmriss, Rigaer Str. 103
11 Uhr **Frühstück**
tagsüber **Infostände, Film, Fotoausstellung**

vor dem Bezirksamt Friedlhain
12 Uhr **Volxküche**

Bersarinplatz
16 Uhr **Kiezspaziergang**

Filmriss, Rigaer Str. 103
anschließend **Volxküche und Film: "Sag niemals Nie"**

SPEKTAKULÄRES HAPPENING GEGEN HAPPIGE SPEKULANTEN

am Montag den 18.10.als erste Veranstaltung der Häuser- und Wagenburg-Aktionswoche.

Es geht um 14 Uhr los in der Fasanenstraße 37, Charlottenburg. Dort unterstützen wir die Leute aus der Marchstraße dabei, ihrer Wohnungsverwaltungsgesellschaft die Mittagspause mit Lärm zu vergällen. Danach gibt es eine Kurzdemo in die Joachimsthaler 28/29, wo um 15 Uhr vor dem ART-Hotel der SORAT das Spektakel weitergeht. Abends um 19.30 Uhr ist eine Volxküche auf dem Kinderbauernhof Adalbertstraße mit anschließendem Film über den Jahrestag der Morde in Stammheim und die neue KRAAK Videozeitung.

Warum Aktionen vor dem SORAT ART-Hotel? Die SORAT gehört - wie ELTEC, GIERSO KG, GWF und B.O.S.S.- der Garski-Penz-Bande.

Die Garski-Penz-Bande verdient...

ohne Skrupel, indem sie Flüchtlinge unter miesen Bedingungen in Heimen zusammenpfercht und gleichzeitig kunstverbrämte Luxushotels bauen läßt.

...verdient mit Luxushotels

Vier-Sterne-Hotels und Kongreßzentren sind ein Standbein von Penz. Insgesamt sind bis Ende 1995 20 Hotels sein Ziel. Besonders das ART-Hotel fungiert als Aushängeschild. Das ART-Hotel soll für die Kundschaft des "gehobenen Mittelstands" (Einzelzimmer xxx DM pro Nacht) nicht wie eine "Garage für Menschen" aussehen, fordert der SORAT-Hauskünstler Gustavo. Die Yuppies sollen sich in dem Luxus so richtig wohl fühlen. Gegen ein anderes Hotel der SORAT an der Ecke Prenzlauer Allee/ Erich-Weinert-Straße gab es monatelangen massiven Protest der AnwohnerInnen, doch weder konnte ein Pappelhain gerettet noch der Baubeginn gestoppt werden. In Stolpe-Süd entsteht eine weitere 'Bürohotel'-Anlage. Hier denkt Penz an alles: Für die Trucker einen Treffpunkt mit Bar, einen drive-in, eine Agip-Großtankstelle, ein Restaurant mit 350 Plätzen, ein Drei-Sterne-Hotel mit eigener Gastronomie und modernen Konferenz- und Tagungsräumen für die Bedürfnisse der Geschäftsleute.



H. Penz

Mit seiner ELTEC KG arbeitet Penz international: Am Flughafen Warschau, an einem Sägewerk in Sierra Leone oder an einer Zementfabrik in Saudi Arabien.

...verdient an Flüchtlingen

Ein weiteres einträgliches Geschäft besteht in dem Betreiben von Flüchtlings- , AussiedlerInnen- und Obdachlosenheimen. Penz verdient hier an der staatlich geschaffenen Wirtschaftsbranche Asyl, der Verwaltung von Flüchtlingen. Leute wie Penz profitieren und zocken dabei kräftig ab. Für die Verwaltung dieser Heime hat er seine speziellen SORAT-Firmen und die

GIERSO GmbH. In mindestens neun Flüchtlingsheimen sind über 2500 Flüchtlinge untergebracht, für die er im Durchschnitt 23 DM Kasse pro Tag macht, ohne Verpflegung. Seine Methoden stoßen auch manchmal auf Widerstand, wie in dem Flüchtlingsheim auf dem ehemaligen Narwa-Gelände an der Warschauer Straße. Ende letzten Jahres wehrten sich die Flüchtlinge dort gegen die miesen Zustände. Für Penz gehören diese mit zum Geschäft, denn die Flüchtlingsheime machen 10% seines gesamten Gewinns aus und sind nur mit einem Minimum an Aufwand für Küchen und sanitäre Einrichtungen ausgestattet, wie er auf einer Versammlung am 20.7.1993 in Köpenick erklärte. GARAGEN FÜR MENSCHEN?

...verdient an Obdachlosen

Der Bereich der Zukunft ist für Penz die Betreuung von Obdachlosen- und AussiedlerInnenheimen. 15 solcher Heime hat er schon. Er profitierte massiv an den DDR-AussiedlerInnen des Frühherbstes 1989. Ein Großteil seiner SORAT- und GIERSO-Firmen stammen aus dieser Zeit. Für die profitable Unterbringung dieser Menschen bekam er sogar ein offizielles Dankesschreiben des Senats -- da fällt es auch nicht weiter auf, wenn er mal eben 200 Obdachlose aus seinem Heim in der Charlottenburger Schlüterstraße in einer unangekündigten Aktion räumen und nach Potsdam verfrachten läßt (Juni 1992).
Der schlaue Profiteur spielt Menschenfreund. So sponsorte die SORAT die 'Nacht der Obdachlosen' am 25.-26.Juni .

Damit auch alles in einer Hand bleibt gründete sein Hauptprokurist Nicolas Meissner 1990 die B.O.S.S. Sicherheitsdienste GmbH, die auch für die Sicherheit in und an seinen Heimen zuständig ist. Ein Jahr später übernahm Penz die Firma und machte den ehemaligen Stasi-Oberst Eduard Pomerenke zum Geschäftsführer.

...verdient an Mieterinnen und Mietern

Zum Beispiel sind die 60 Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnprojekts Yorckstraße 59 vom Rausschmiß bedroht. Sie sollen ab nächstes Jahr die dreifache Miete zahlen. Dick absahnen will dabei der neue - zur Garski-Penz-Bande gehörende - Hausbesitzer GWF mit Firmensitz am Einsteinufer 63A. Ob als Haupt- oder Miteigentümer, Geschäftsführer, Auftraggeber, oder über personelle Verflechtungen - immer ist Penz dabei. Mittlerweile soll er 2000 Menschen beschäftigen.
Bei der GWF-GmbH und der PEGA-Bau, die mit Gewerbeimmobilien ihr Geschäft machen, ist seine Partnerin Claudia Garski, die Ehefrau des aus zurückliegenden Bauskandalen berühmt-berüchtigten Architekten Dietrich Garski. Hier ziehen Penz und Garski gemeinsam Profit beim Neubau, Ankauf, Sanieren und teurem Vermieten von Gewerbeflächen.



Der Fall Garski
Dietrich Garski war in den siebziger Jahren zum Stararchitekten West-Berlins aufgestiegen. Als er jedoch in Saudi-Arabien Militärakademien bauen wollte, erlebte er ein finanzielles Desaster. Im November 1980 setzte sich Garski auf die Bahamas ab und hinterließ eine offene Rechnung von 128 Millionen Mark. Für 90 Prozent der Summe hatte der sozialliberale Senat unter Dietrich Stobbe gebürgt. Der Senat stürzte über diesen Skandal, Garski wurde im Oktober 1985 wegen fortgesetzter Untreue und Kreditbetrugs zu drei Jahren und elf Monaten verurteilt.

Flüchtlinge und ImmigrantInnen bleiben -- vertreiben wir die Spekulanten !!

v.i.s.d.P.: A.Stobbe-Rächer, Rosa-luxemburg-Platz 3

Eilt!
Presseerklärung zum Hungerstreik, der am Samstag, dem 9. 10. 1993 geräumten Wagenburg Waldemarstr./Engelbecken.

Seit dem Beginn der Räumung unserer Wagenburg (Donnerstag 7.10. 93, 7.00 Uhr) befinden wir uns im unbefristeten Hungerstreik.
Wir hatten uns an das Holzkreuz unsres Platzes angekettet.
Am 9. 10. 1993 ca. 11.00 Uhr wurden wir gewaltsam vom Platz geräumt. Aber wir setzen den Hungerstreik fort und sind ab 17.00 Uhr am Roten Rathaus. Werden wir dort wieder geräumt, so machen wir weiter vor dem Bezirksamt Mitte (Berolina Haus, Alexanderplatz 1) oder danach am Alfred Döblin Platz (St. Michael Kirche Tel. 614 40 52)

Unsere Forderungen an die politisch Verantwortlichen in Berlin sind weiterhin:

1. **Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der 3-tägigen Räumung**

2. **Schadensersatz für das gekennzeichnete aber dennoch zerstörte Eigentum**

3. **Streichung der Koalitionsvereinbarung "Keine Wagenburgen in der Innenstadt"**

4. **Einen für uns und alle Vertriebenen der Wagenburg akzeptablen Stellplatz in der Innenstadt**

Wir wollen ein Zeichen setzen gegen die Umstrukturierung Berlins zur Metropole, in der Arme, Anderslebende und Andersdenkende in Ghettos abgeschoben werden sollen!

Wir erklären uns solidarisch mit den 20.000 Obdachlosen auf der Straße und in den "Läusepensionen"

Wir erklären uns solidarisch mit allen durch Arbeitsplatzverlust in ihrer Existenz bedrohten Menschen besonders in Bischofferode!

Wir erklären uns solidarisch mit allen von Räumung bedrohten Menschen, sei es in Wohnungen, besetzten Häusern oder anderen Wagenburgen.

Wir rufen die Menschen dieser Stadt auf: Unterstützt unseren Protest!



Macht unsere Anliegen öffentlich!

Lassen wir uns nicht verdrängen aus unseren Stadtteilen!

Wir bleiben alle!

Die Hungerstreikenden der Wagenburg Waldemarstraße/Engelbecken

Samstag, den 9. Oktober 1993, 15.00 Uhr

FLUGBLATT



Unbändiges, übelpolemisches Blatt der Wagenburgenbewohner & Bewohnerinnen

Besetzung des Lausitzer Platzes

Gegen eine Abschiebung der Wagenburgen in Getthos am Standtrand

Heute, Sonntag, den 10. 10. wurde der Lausitzer Platz von Bewohnern und Bewohnerinnen der Berliner Wagenburgen besetzt. Warum?
Ab Donnerstag, dem 7. 10. 1993 wurden in einer zweitägigen Aktion die Wagenburg am Engelbecken geräumt und die Wohnwagen auf einen Platz in Karow zwangsverfrachtet. Dabei wurden einige Wohnwagen beschädigt oder sogar zerstört, viele Bewohnerinnen und Bewohner verloren ihr Hab und Gut.
Seit Donnerstag wird der Platz in Karow von der Polizei bewacht, um zu verhindern, daß die Bewohnerinnen und Bewohner den Platz wieder verlassen.
Diese Räumung rief in Kreuzberg Kettenreaktionen hervor, die in ihren Auswirkungen für uns kaum abzuschätzen sind.
Aufgrund einer Genehmigung der Kreuzberger Baustadträtin E. Romberg stellten sich sechs Wohnwagen der Wagenburg am Engelbecken zur Schwulen+Lesben+Frauen Wagenburg auf den Parkplatz am Kinderbauernhof Bethaniendamm. Dies widersprach dem allgemeinen Senatsbeschluss, der eine komplette Zwangsdeportation nach Karow vorsah. Die CDU stellte daraufhin ein Mißtrauensvotum gegen Frau Romberg, das am Dienstag zur Abstimmung kommt.
Ausserdem wurde jetzt allen Bewohnerinnen und Bewohner der Schwulen+Lesben+Frauen Wagenburg eine Zwangsräumung nach Karow angedroht. Es wurden beide Gruppen in einen Topf geworfen, obwohl Frau Romberg der Schwulen+Lesben+Frauen Wagenburg eine Duldung bis zum Frühjahr ausgesprochen hatte.
Ihnen wurde eine Frist von achtundvierzig Stunden gesetzt. Gleichzeitig weitete sich diese Räumungsandrohung auf die benachbarte Wagenburg am Kinderbauerhof aus, die seit ca. zehn Jahren dort existiert.
In der Nacht zum Samstag flüchteten die Schwulen+Lesben+Frauen WagenburglerInnen und die Bewohner und Bewohnerinnen der sechs Wagen der Wagenburg am Engelbecken auf andere Plätze.
Die Polizei ließ uns gegenüber verlauten, daß die Bezirke jede Wagenburg räumen werden, die Wagen der Wagenburg am Engelbecken aufnimmt, um deren Umzug nach Karow zu erzwingen. Hierzu soll das ASOG-Gesetz die rechtliche Grundlage liefern.
Die Situation der Wagenburgen im Innenstadtbereich ist so ernst wie nie zuvor. Laut Aussage des stellvertretenden Bürgermeisters von Karow hält der Senat noch weitere zwei bis drei Grundstücke am Stadtrand bereit, um sämtliche Wagenburgen innerhalb der nächsten sechs Wochen abräumen zu können.
Es scheint, als ob die allgemeine Befürchtung einer Kasernierung der Wagenbewohnerinnen und Bewohner am Standtrand bald in die Tat umgesetzt wird.
Wie es dort aussehen wird, zeigt sich am Beispiel des ehemaligen Schweinezuchtlagers in Karow. Dort wurden für die inzwischen siebzig Bewohner gerade Mal drei Toiletten aufgestellt. Es sind weder Strom noch Wasseranschluss vorhanden.
Angesichts dessen, daß die Räumungsbegründung der Wagenburg am Engelbecken auf unhaltbaren hygienischen Zuständen fußte, ist das ein Hohn.
Um die zukünftige Hauptstadt besenrein zu machen scheint dem Senat nichts zu teuer. Das zeigt sich auch an dem lächerlichen Vorhaben, auf dem ehemaligen Platz der Wagenburg am Engelbecken für drei Millionen Mark einen Sportplatz hinzusetzen, der in zwei Jahren, wenn dort Wohnungen gebaut werden, sicher wieder abgerissen werden soll.
Die Bewohnerinnen und Bewohner der Wagenburg am Engelbecken hatten zugesagt, bei Baubeginn der Wohnungen freiwillig zu gehen, was jedoch völlig ignoriert wurde.
Mit Ignoranz und Arroganz tun sich die Regierenden gegenüber sämtlichen anders lebenden Menschen hervor. Das zeigt sich an der 'zig Millionen Mark teuren Olympiakampagne und wird nun durch die forcierte Hauptstadtplanung deutlich. Die Repressionen richten sich gegen alle, die nicht verwertbar sind und dazu gehören die kleinen Betriebe, alternative Projekte, besetzte Häuser, Wagenburgen, Sozialhilfeempfänger...
Kürzungen im sozialen Bereich an allen Ecken und Enden und maßlose Finanzierungsaufwände für Prestigeobjekte, das sind die zwei Ebenenen, auf denen Politik betrieben wird.
Wehren wir uns gemeinsam! Mit dem Spruch der Berliner Wagenburgen:

Wir bleiben alle!

Wagenburgen Berlin: Kinderbauernhof, Schwulen+Lesben+Frauen Wagenburg, Wagenburg an der Schillingbrücke, Schwarzer Kanal, Kreuzdorf, East Side, Lohmühle, March und viele mehr.

BERLIN

Cannabis-Pflanzen in blaue Müllsäcke gestopft

Polizei räumt mit 900 Beamten die Wagenburg am Leuschnerdamm in Mitte / Viele Umweltdelikte festgestellt / Ausweichquartier in Karow

Beim „Sturm" auf die Wagenburg ist selbst der Polizeipräsident dabei – Hagen Saberschinsky beobachtet die Arbeit von 900 seiner Beamten am Leuschnerdamm. Es ist 6 Uhr 55, als am Donnerstag morgen die Räumung beginnt. Seit Ende 1989 hausen hier auf dem ehemaligen Mauerstreifen rund 50 Personen in alten Bauwagen, umgeben von Autowracks, Sperrmüll und leeren Flaschen. Jetzt sollen Sportplätze gebaut werden, in zwei Jahren dann Wohnungen. Deshalb hat das Bezirksamt Mitte eine Räumungsverfügung durchgesetzt und die Polizei um Hilfe beim Vollzug gebeten.

In einem Verhau aus rostigen Gartenzäunen blüht Cannabis; Pflanzen, aus denen sich Rauschgift herstellen läßt – sie werden gerodet und in blaue Müllsäcke gestopft. Hagen Saberschinsky nennt weitere Fundsachen: zwei als gestohlen gemeldete Kraftfahrzeuge, einen Drucker für einen Computer, eine Rauschgiftpfeife, Autokennzeichen.



Verwirrung um drohende Räumung

■ Antrag zum Vorgehen gegen zwei besetzte Häuser in Friedrichshain soll angeblich der Innenverwaltung vorliegen

Nach übereinstimmenden Informationen aus dem Senat und dem Bezirksamt Friedrichshain soll die Polizei in Friedrichshain in Kürze zwei besetzte Häuser räumen. Eine entsprechende interne Mitteilung, so hieß es, liege derzeit bei Innensenator Dieter Heckelmann (CDU). Bei den Häusern handele es sich um ein Haus in der Rigaer Straße sowie um die Schreinerstraße 47. Dieses Haus wurde bereits im April 1993 von der Polizei durchsucht, um ein Anti-Olympia-Transparent zu entfernen. Wie die taz weiter erfuhr, hätten die Privateigentümer beider Häuser, die seit dem 1. Januar 1993 aus der Verwaltung durch die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) entlassen wurden, einen Antrag auf Räumung gestellt.

Würde Heckelmann einem solchen Räumungsbegehren stattgeben, würde er sich damit gegen eine Absprache mit dem Bausenat vom Frühjahr diesen Jahres stellen. Damals hatte Bausenator Wolfgang Nagel (SPD) in Übereinkunft mit der Innenverwaltung erklärt, daß im Falle derjenigen Häuser, die seit längerem besetzt seien, die aber noch keine Verträge hätten, nur eine gerichtliche, nicht aber eine polizeiliche Räumung in Frage komme. Nagels Sprecherin, Petra Reetz, bekräftigte gestern noch einmal diese Position: „Es ist nicht Sache der Landesregierung, sondern der Eigentümer, sich mit den Besetzern auseinanderzusetzen." Die Mitteilung über eine anstehende Räumung sei ihm allerdings nicht bekannt.

Der Sprecher des Innensenators, Hans-Ulrich Bonfert, wollte diese Position gestern allerdings nicht bestätigen, räumte aber ein, daß die Polizei auf Antrag des Eigentümers alleine nicht räumen werde: „Die Polizei", so Bonfert, „leistet Amtshilfe, das andere müssen die Gerichte entscheiden."

In der Vergangenheit hatte es in Friedrichshain immer wieder Konflikte zwischen Eigentümern und WBF einerseits, den Bewohnern der elf Häusern andererseits gegeben, die noch ohne Mietverträge dastehen. In der Rigaer Straße 83 etwa hatte die WBF über eine einstweilige Verfügung bei Gericht versucht, die Räumung durchzusetzen. Diese konnte in letzter Sekunde allerdings dadurch verhindert werden, daß die BesetzerInnen selbst vor Gericht gingen und sich durch eine Feststellungsklage bestätigen ließen, daß die Besetzung durch die WBF seit längerem geduldet wurde. Die einstweilige Verfügung auf Räumung wurde daraufhin abgewiesen.

Ohne Erfolg blieb bisher auch das Drängen zweier Eigentümer, daß die Wohnungsbaugesellschaft ihre Häuser „besetzerfrei" zu übergeben habe. Sowohl die Scharnweberstraße 28 als auch die Rigaer Straße 77, erklärte WBF-Justitiar Batschulat, seien bzw. würden demnächst im bisherigen Zustand übergeben. Nicht äußern wollte er sich jedoch zu der Frage, ob die WBF in anderen Fällen Räumungsklagen anstreben werde.

Uwe Rada

POTSDAM 12.10.

Hausbesetzer bleiben weiter in der Villa

Nach Ablauf des Ultimatums Räumungstermin noch offen

POTSDAM, 11. Oktober. Die ehemalige russische Musikschule in der Potsdamer Innenstadt wird weiter von jungen Leuten besetzt gehalten. Nach Ablauf des Räumungsultimatums am Montag um 13 Uhr verließen die Hausbesetzer kurz die Villa in der Hegelallee 5 – um sie sofort wieder zu besetzen. Zur Übergabe sei kein Vertreter des Bundesvermögensamtes erschienen, verkündete ein Sprecher der Hausbesetzer.

Bei ihrer Aktion ließen die Besetzer die Medien bewußt im Unklaren, ob sie das Gebäude tatsächlich übergeben wollten, oder nur ein mitgeführtes Puppenstubenmodell. „Es gibt nichts zu übergeben, die Besetzer haben das Haus zu verlassen", reagierte Wolfgang Puwalla, der Vorsteher des Vermögensamtes Potsdam, auf das Katz-und-Maus-Spiel. Er wollte sich aber nicht äußern, ob und wann nun ein Räumungstitel angestrengt wird. „Möglich ist alles." Unterdessen überbrachte Stadtjugendpfarrer Christian Waldmann den Hausbesetzern eine Einladung für einen neuen „Runden Tisch" am 28. Oktober. Waldmann hofft, daß es keine polizeiliche Räumung der Hegelallee 5 geben wird, da dies „die Gesprächsansätze kaputtmachen würde." In der Innenstadt sind zwanzig Häuser besetzt.

Oberbürgermeister Horst Gramlich (SPD) und das Bundesvermögensamt reagierten auf Vorwürfe des Berliner Rechtsanwaltes Heinz Egerland, für das Scheitern von Mitnutzungsverträgen für GUS-Objekte verantwortlich zu sein (wir berichteten). Laut Egerland hätte mit diesem Modell in kurzer Zeit erschwinglicher Gewerberaum auf den knappen Markt gebracht werden können. Durch das Platzen des Vertrages vor zwei Jahren steht in der Hegelallee 5 seitdem eine auf Weststandard sanierte Büroetage leer.

Der Büroleiter des Oberbürgermeisters, Funke, bestritt energisch, daß der OB damals gegen einen Vertrag zwischen Bundesvermögensamt, Stadtkommandanten und der Vermietfirma Procontact für die Hegelallee 5 interveniert habe. Der Magistrat sei rechtlich nicht beteiligt gewesen. Funke bestätigte allerdings, daß die Stadtväter seinerzeit derlei wirtschaftliche Aktivitäten der russischen Truppen mißtrauisch beobachtet hätten, da man Verzögerungen des Truppenabzuges und Folgeansprüche von Nutzern befürchtete.

Das Bundesvermögensamt könne die Gründe für das Platzen der Verträge 1990/91 nicht mehr rekonstruieren, sagte Vorsteher Puwalla, da er selbst erst später das Amt übernommen habe und bei einem Großbrand der Schriftwechsel verlorengegangen sei. Die Möglichkeit von Mitnutzungsverträgen für GUS-Objekte sei aber bisher durch das Veto der Russen in keinem Fall gelungen, so Puwalla – während Egerland auf die vorhandene Unterschrift des Potsdamer Stadtkommandanten verweist.

Bei der Übergabe des „Hauses Besenrein". Foto: Belin-Press

Besetzer übergaben ihr „Haus Besenrein"

Amtsvorsteher erwägt nach dem Gag rechtliche Schritte

Von unserem Mitarbeiter Klaus Bruske

Potsdam. Die Hausbesetzer der Potsdamer Villa Hegelallee 5 haben gestern mit der nicht ernst gemeinten Übergabe eines „Hauses Besenrein" auf ein Ultimatum des Potsdamer Bundesvermögensamtes reagiert.

Dessen Amtsvorsteher Wolfgang Puwalla hatte die Besetzer am vergangenen Mittwoch ultimativ aufgefordert, das Haus bis gestern 13.00 Uhr „besenrein" zu übergeben. Andernfalls drohe die Zwangsräumung.

Darauf reagierten die jungen Leute gestern mit einem Scherz. Sie erschienen zum genannten Zeitpunkt mit einer als „Haus Besenrein" deklarierten Puppenstube vor der Haustür und stellte diese, nachdem sich kein Vertreter des Bundesvermögensamtes gemeldet hatte, vor der Villa ab.

„Kein schlechter [illegible] lich nicht die von uns geforderte frei willige Räumung", kommentierte Puwalla auf telefonische Nachfrage der Berliner Zeitung das Geschehen. Er erwäge nach dem Ablauf des Ultimatums jetzt rechtliche Schritte gegen die Hausbesetzer.

Vor dem besetzten Haus erhob gestern der Westberliner Rechtsanwalt Heinz Egerland schwere Vorwürfe gegen den Magistrat. Auf dessen Willen hin habe das Bundesvermögensamt die Villa zwei Jahre lang bewußt leer stehen lassen, obwohl eine von ihm vertretene Brandenburger Firma dort bereits über 200 000 Mark für ein Innovationszentrum investiert hatte. Egerland plädierte dafür, „den jungen Leuten" einen Obhutsvertrag durch die Stadt zu gewähren. Dieser könne solange gelten, bis das westdeutsche Ehepaar, das als Alteigentümer auftrete, seine Ansprüche durchgesetzt habe.

MOSKAU



"Achtung, die Türen schließen. Nächste Station - Polizeistaat!"

Allen, die schon einmal in der ehemaligen Sowjetunjon, in der heutigen GUS, waren, ist diese U-Bahn-Ansage vertraut. Doch was in der "Prawda"-Überschrift vom 29.09.'93 noch sarkastische Situationsbeschreibung sein sollte, erwies sich bereits einen Tag später als bittere Realität. Und spätestens seit dem 04.10.'93 hat auch die Prawda die Folgen der neuen faschistischen Situation zu tragen.

Als Jelzin am 21.09. das Parlament auflöste, versammelten sich noch am selben Abend Kräfte aus Opposition und Widerstand vor dem Weißen Haus, dem Sitz des russischen Parlaments. Neben diesem Ort wie auch an den U-Bahn-Stationen, vor allem an der Krasnopresnenskaja, artikulierte sich der Widerstand gegen Jelzins diktatorische Politk. Der Kampf zwischen Jelins Truppen und seinen GegnerInnen war auch ein Kampf in und um die U-Bahn-Stationen.
Die Krasnopresnenskaja ist nicht nur die Station, von der aus das Weiße Haus am besten zu erreichen ist, nein, der Ort hat auch historische Bedeutung: Bereits 1905 und 1917 fanden hier die Kämpfe revolutionärer Gruppen statt, und im Bewußtsein dieses Widerstandes 1993 ist es entscheidend, daß ausgerechent hier die Miliz im Dienst der neuen Ordnung zuschlägt.
Seit dem 22.09.93 war die Krasnoprenskaja eine Station, an der Aufrufe für Streiks und Demonstrationen aushingen, Diskussionen geführt und oppositionelle Zeitungen verkauft wurden. Einige Zeit war die Krasnoprenskaja und das Gelände um das Weiße Haus der einzige Ort, an dem Auseinandersetzungen in dieser Form geführt wurden. Geändert hat sich dies erst seit dem 01. Oktober - nachdem die Krasnoprenskaja als Widerstandsort verloren war.
Aber der Reihe nach: Auf die Parlamentsauflösung reagierte ein Großteil der Abgeordneten mit der Besetzung des Weißen Hauses. Um das Weiße Haus herum versammelten sich Jelzin-GegnerInnen, besetzten das Gelände und sicherten es mit Barrikaden ab. Bis zum 26.09. zog die Miliz um den Barrikaden-Ring der BesetzerInnen ebenfalls einen Ring von Barrikaden - oder anders ausgedrückt: das Gelände sollte von der Miliz eingekesselt werden. Von nun an sollten wohl nur noch die Bilder der Jezin-BefürworterInnen bekannt werden. Jedenfalls habe ich nur dort, wo sich Jelzin-BefürworterInnen aufhielten, Presse gesehen. Am Weißen Haus aber, wo sich zur selben Zeit etwa dreimal soviele DemonstrantInnen versammelten - und dies ungeachtet der Tatsache, daß die Miliz bis auf einen Zugang alles versperrt



Jelzin sichert seinen Sieg

■ 834 Personen in Moskau festgenommen

Mindestens 89 Tote / Verbot von 16 Organisationen

Die blutige Moskauer Oktober-Revolte forderte Hunderte von Toten und Verletzten

hatte - war kaum Presse vor Ort. Diejenigen, die von der Miliz fotographiert werden sollten, mußten inzwischen mit Angriffen rechnen, da die offizielle Zensur bereits funktionierte.
Seit dem 28.September war der Kessel der Miliz um das Weiße Haus lückenlos. Bereits am 29. September fing die Miliz an, den Platz vor der U-Bahn-Station Krasnoprenenskaja einzukesseln. Unter "Faschisten! Faschisten!"- und "Haut ab!"-Rufen begannen die Milizionäre die KundgebungsteilnehmerInnen in die U-Bahn-Station zu drängen. Trotz allem versammelten sich am 30. September wieder Hunderte an der Krasnoprenenskaja. Diesmal ging die Miliz, verstärkt von OMON-Einheiten (Spezialeinheiten des Innenministeriums) noch entschlossener vor. Bevor sie allerdings die Gruppe um das Megaphon, die bereits isoliert war, festnehmen konnten, beschlossen alle KundgebungsteilnehmerInnen zur Puschkinskaja zu fahren. Was jedoch zunächst wie ein überlegtes Vorgehen aussah, erwies sich schnell als verheerend. In diesem Falle wortwörtlich: "Nächste Station- Polizeistaat". Denn an der Puschkinskaja hatten sich bereits mehrere Hundertschaften von Miliz und OMON postiert, die die U-Bahn-Ausgänge absperrten, die Leute die Treppen runterdrängten und runterprügelten und alle, die noch irgendwie aus der U-Bahn gekommenwaren, einkesselten, prügelten und mit 15-Mann-starken Gruppen auch einzelne jagten. Und selbst an diesem Tag beschränkte sich der Widerstand noch darauf, der Miliz, wenn auch sehr entschieden, "Faschisten!" und "Verbrecher!" entgegen zu rufen.Sogar der Freitag verlief diesbezüglich noch sehr ruhig, als die Miliz den Platz vor der Krasnoprenenskaja regelmäßig räumte, das Gelände absperrte und auf dem Bahnsteig patrouillierte, um alle Gruppen von mehr als fünf Pesonen, die den Anschein erweckten, miteinander zu diskutieren, auseinanderzutreiben.
Umgeschlagen ist die Situation dann am Samstag, den 02.10.'93. Nachdem die angemeldete Demonstration sofort von Miliz und OMON angegriffen wurde, reagierten die DemonstrantInnen diesmal mit einer ganz anderen Entschlossenheit. Sie bauten Barrikaden und konnten einen Angriff der OMON-Einheiten mit Steinen abwehren. Nach nur drei Stunden hatten die Jelzin-GegnerInnen die Situation soweit für sich entschieden, daß unter allgemeinem Jubel auf einem der anliegenden Häuser die Rote Fahne gehißt werden konnte.
Am Sonntag waren dann Hunderttausende auf der Straße, um ihre Demonstration durchzusetzen. Bis zum Weißen Haus war dies auch -trotz Einsatz von Tränengas und Gummigeschossen - möglich. Der Miliz und den OMON-Einheiten konnten sogar LKW's und Ausrüstungen abgenommen werden. Mit dem Lied vom "Heiligen Krieg", entstanden 1941 in Leningrad im Kampf gegen die deutschen Faschisten, zog die Demonstration vor's Weiße Haus. Mit dem Angriff auf das gegenüberliegende Hotel "MIR", bis dahin provisorischer Sitz Jelzins, begann dann die bewaffnete Auseinandersetzung.
Ihr Ausgang war wohl abzusehen. Sonntag und spätestens Montag war das Militär bereits in der Stadt und hatte Stellung bezogen. - Allerdings zeigte der Montag noch einmal mit ganz besonderem Zynismus die neue Situation auf: Daß trotz de

Rußlands Präsident erhält Rückendeckung

Die meisten Regierungen billigen das gewaltsame Vorgehen

Jelzin löst die Stadt-Sowjets auf

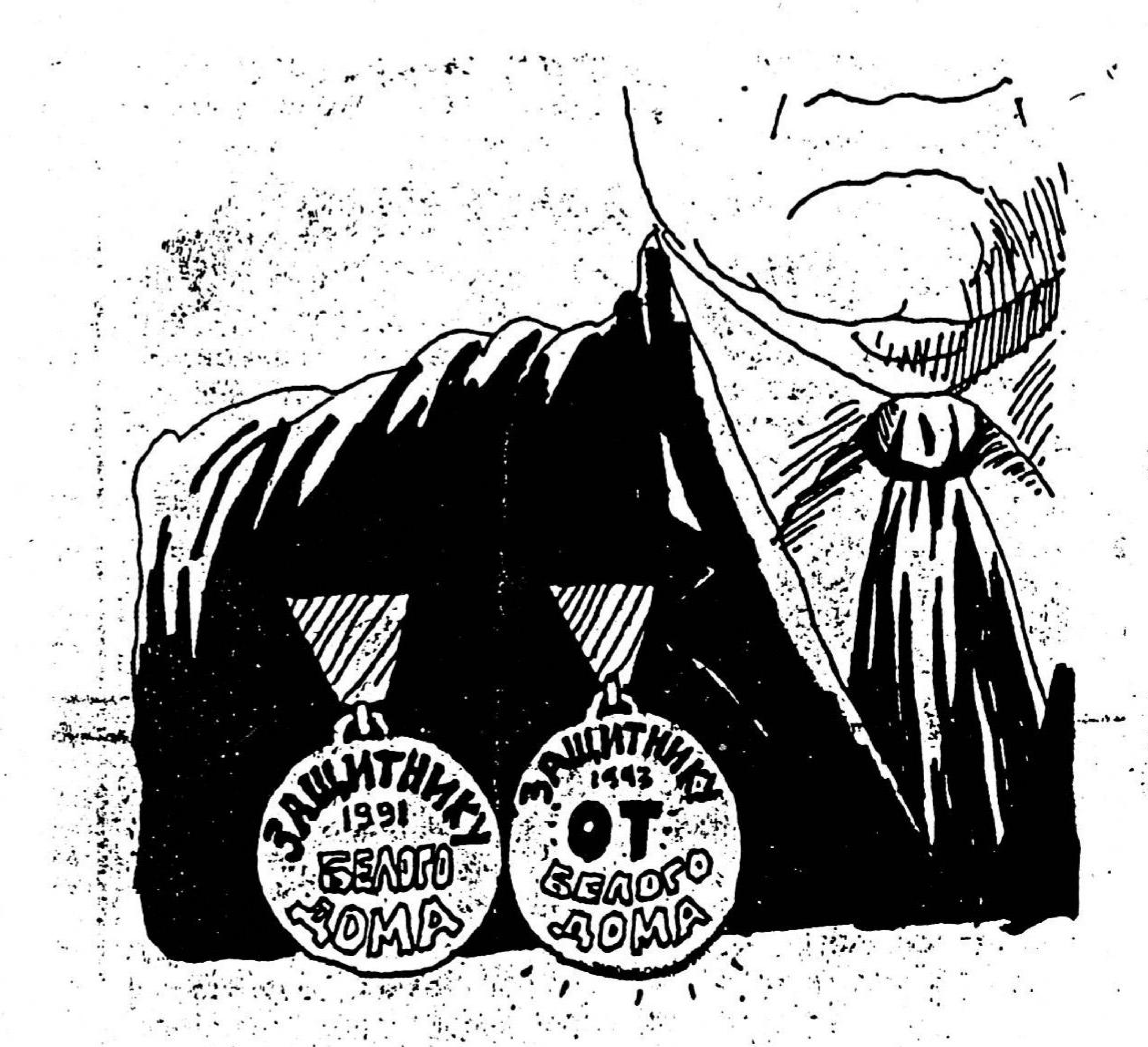


Demonstrationsverbotes eine Pro-Jelzin-Demonstration möglich war, erscheint schon fast selbstverständlich.
Am Montag, um 9.oo Uhr hält der Präsident seine erste Fernsehansprache seit den bewaffneten Auseinandersetzungen. Er betont darin, daß angesichts einer Situation, in der Faschisten - gemeint sind natürlich die Jelzin-GegnerInnen, die ja in der BRD-Presse auch ständig mit dererlei Diffamierungen belegt werden - auf friedliche, unbewaffnete Kinder, Frauen und Alte schießen, alles für den inneren Frieden getan werden müsse. Es sollte eigentlich dieser Tage Aufsehen erregen, daß genau dieser Präsident den "inneren Frieden" ab 13.oo Uhr herstellt, indem er auf alle schießen läßt, die sich in der Nähe des Weißen Hauses befinden - also auch auf Kinder, Frauen und Alte (die natürlich unbewaffnet waren).
Aber die Öffentlichkeit der Industrienationen ist ja so selbstzufrieden mit "ihrem" Sieg über die "gefährlichen und stalinistischen" KommunistInnen und damit, daß ihre Ordnung und Demokratie nun wieder hergestellt sind. Als ob füe sie etwas auf dem Spiel gestanden hätte! In einer Stadt, in der es dem Jacobs-Konzern möglich ist, einen Pfund Kaffee für umgerechent 18.95 DM (was etwa einem Monatseinkommen einer DurchschnittsrentnerIn entspricht) zu verkaufen, in der Dollar und Deutsche Mark als Währung und damit als gesellschaftliches Spaltungsinstrument, wichtiger sind als der Rubel, haben internationale Konzerne einfach - noch - nichts zu befürchten. Selbst wenn Ruzkoi diesen Kampf gewonnen hätte, hätte er wohl von sich aus, bzw. auf Grund des Spielraumes, der ihm gelassen worden wäre, nur die Politik einer gemäßigten Kapitalisierung betreiben können. Eine grundsätzliche Änderung scheint im Moment nicht möglich.
Und die Opposition - und die Widerstandsbewegung ??
Nun, sie war vor allem durch zwei Elemente verbunden: Durch die Ablehnung der Politk Jelzins und durch die Forderung Ruzkoi solle Präsident werden. Damit blieb der Hauptteil der Bewegung der parlamentarischen und personenfixierten Politik verhaftet. Zwar gab es wiederholte Streikaufrufe, doch wurde ihnen nicht nachgekommen. Außerdem setzt sich die ganze Bewegung politisch aus den unterschiedlichsten Gruppen zusammen. Zwar machen kommunistische Gruppen bei weitem den größten Teil aus, was aber nicht heißt, daß jede und jeder frei von antisemitischen oder nationalistischen Äußerungen/ Überzeugungen ist. Daneben gibt es konservative, moralistische, religiöse und auch faschistische Gruppen und Grüppchen, aber auch internationalistische, anarchistische und einzelne Konsomol-Gruppen sowie Nichtorganisierte. Das Durchschnittsalter der Jelzin-GegnerInnen dürfte bei 60 Jahren liegen, das heißt, ein Großteil der Jugend und mittleren Generation ist vor allem am schnellen Geld oder der eigenen Existenzsicherung interessiert. Zwei Drittel der Opposition sind Frauen. Selbst wenn immer wieder ihr mutiges und kämpferisches Vorgehen betont wird, für bestimmte Aufgaben werden in ersteer Linie Männer angesprochen - obwohl Frauen in jeder Situation und überall zu finden sind. Wie immer.
Bis auf weiteres ist jetzt die gesamte Opposition und ihre Presse, darunter auch die Prawda, verboten. Noch in der Nacht



vom Montag auf Dienstag kam es zu zahlreichen Verhaftungen. Anzunehmen ist, daß nach einer gewissen Zeit zumindest konservative Gruppen wieder zugelassen werden, auch, damit der Herr Präsident seine unendliche Demokratiefähigkeit unter Beweis stellen kann.
Was ansonsten aus Opposition und Widerstand wird, werden wohl die nächsten beiden Monate zeigen. In der BRD hieße ein solche Angriff sicherlich - und vieleicht verständlich - daß der Widerstand etwa zwei Jahre bräuchte, um sich neu zu organisieren. Hier ist der Kampf aber vor allem vom historischen Bewußtsein des Sieges über Zarismus und Faschismus geprägt. Damit ist dieser Widerstand von einer anderen Entschlossenheit, Kontinuität und Motivation geprägt. Und zwar tatsächlich von einer "anderen" und nicht einer "besseren".
Trotz des Mangels an wichtigen Informationen, - bspw. über die Situation in den 14 sibirischen Gebieten, die androhten sich abzuspalten, keine Rohstoffe mehr zu liefern und die Steuereinzahlungen an Rußland einzustellen, wenn Jelzin nicht abtreten sollte - oder wie die Positionen der internationalistischen Linken zu den Kämpfen in Moskau und zu Jelzin aussehen werden und was sie bewirken werden - bleibt es abzuwarten, was in Rußland geschieht, wenn Jelzin, wie angedroht und im September schon einmal durchgesetzt, die Brotpreise wiedereinmal erhöht. Die für den 1. Oktober angekündigten Preiserhöhungen, für U-Bahnfahrten wurden bisher (04.10.'93) nicht durchgesetzt. - Auch hier ist abzuwarten, wie die Bevölkerung reagiert, wenn diese Preiserhöhungen Realität werden.
Es bleibt abzuwarten, , was sich im November, am Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution ereignet, was geschieht, sollte es jetzt doch zu den angekündigten Wahlen kommen...
Momentan finden zwar weder Kundgebungen noch Demonstrationen statt, aber einige oppositionelle Zeitungen drucken trotz Verbot weiter.
Und bereits am Dienstag, als Jelzin "seine" Stadt am ersten Siegestag im Glanze seiner neu gesicherten Macht präsentieren wollte, gab es in einer U-Bahn-Unterführung die eigentlich letzte Nummer einer eigentlich verbotenen Zeitung zu kaufen...

Moskau, 4. Oktober '93



Die Karikatur ist aus dem "Moskowski Konzomolz". Auf den Orden steht: " Dem Kämpfer (eigentlich Verteidiger) für's Weiße Haus 1991" , " Dem Kämpfer (eigentlich Verteidiger) gegen das weiße Haus 1993". -

Neuer Prozeß gegen RAF-Gefangenen

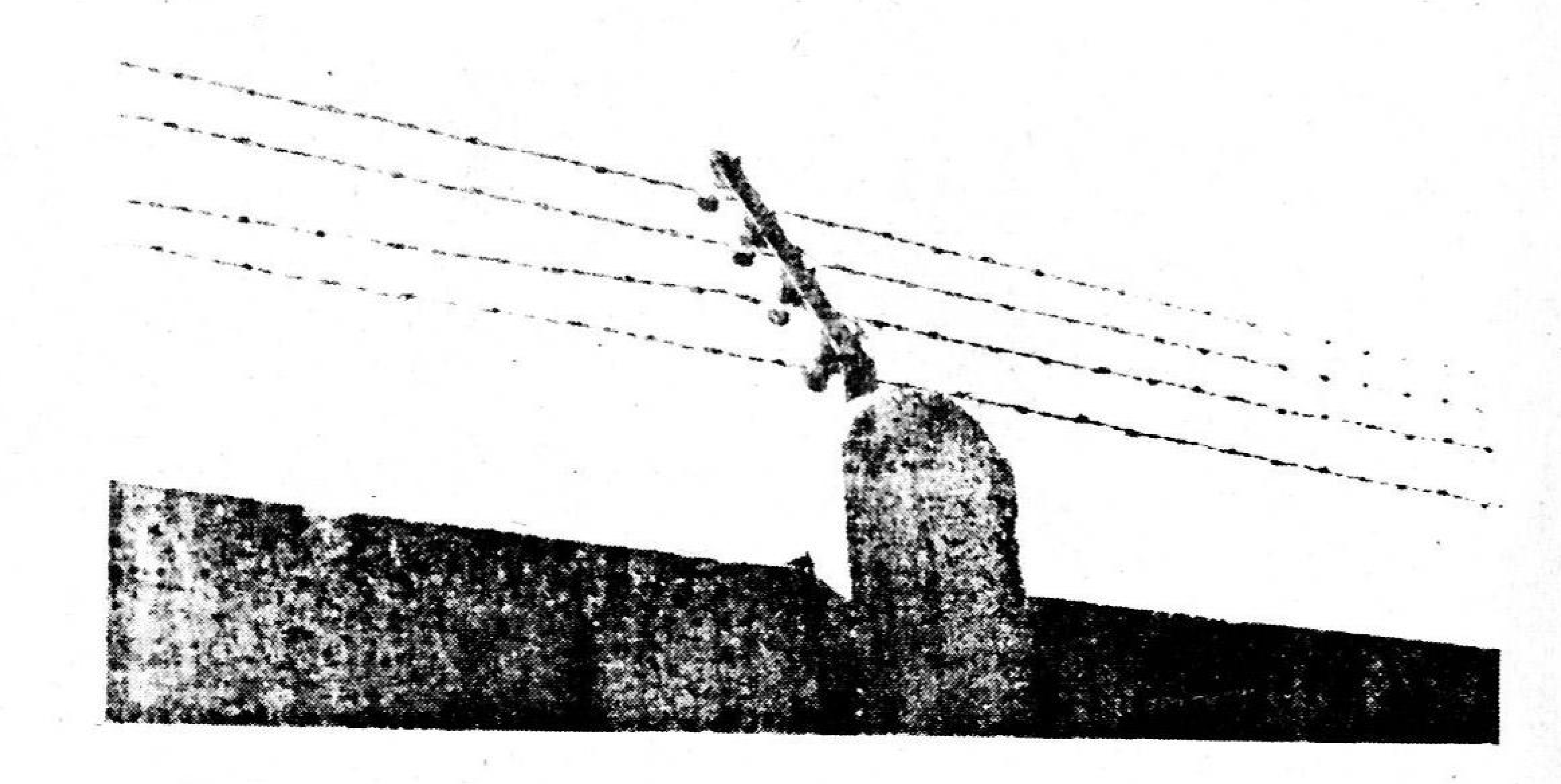
Während eine relativ große (wenn auch eher moralische und unpolitische) Mobilisierung zur Lübekker Demo zur Freilassung von Irmgard Möller lief, begann total unbemerkt einen Tag zuvor am 8.10.93 vor dem OLG Frankfurt ein neuer Prozeß gegen Rolf Clemens Wagner. Ihm wird die Beteiligung an der ☺Haig-Aktion 1979 vorgeworfen. (Gegen das Angehörigen-Info, das jetzt in seiner Nummer 122 die Erklärung zu der Aktion erneut veröffentlicht hat, läuft ein neues § 129a-Verfahren). Dies ist der Auftakt zum dritten KronzeugInnen-Geschäft (Sept. 92 gegen Christian Klar, seit Mai 93 gegen Ingird Jakobsmeier) zwischen Staatsschutz-Justiz und den damals in der DDR festgenommen RAF-AussteigerInnen. ✪
Allen Prozessen gemeinsam ist der, schon vor dessen Beginn feststehende Verurteilungs- und damit Vernichtungswille gegenüber den Angeklagten und die Verweigerung der VS-Akten über vorbereitende Gespräche, nach deren Abschluß die in der DDR Festgenommenen zu KronzeugInnen mutiert waren. Ziel der Verfahren ist es, den Gefangenen durch (in der Regel erneute) Verurteilung zu einer lebenslänglichen Haftstrafe jede Chance auf eine 'vorzeitige' Haftentlastung zu nehmen. 💣
Eine Ausnahme in der Reihe dieser Prozesse bildet der am 4.11. gegen Eva Haule beginnende Prozeß: Hier konstruiert die BAW aufgrund eines Briefes von ihr (in welchem sie sich kritisch mit der Pimental-Aktion auseinandersetzte) eine konkrete Tatbeteiligung. - Weitere KronzeugInnen-Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt, Heidi Schulz, Sieglinde Hoffmann und Helmut Pohl sind beschlossene Sache. ★

<u>Zum Prozeßverlauf am 8.10. gegen Rolf:</u>
Gekommen waren ca. 80 BesucherInnen - vorrangig, aber nicht ausschließlich aus der Szene. 💣
Nach dem Verlesen der Anklageschrift beantragten die VerteidigerInnen die Einstellung des Verfahrens mit folgender Begründung: ☆

-- Sie wiesen auf den politischen Charakter des Antiterror-Konzeptes hin und daß an dessen Begründung und Praktizierung deutlich wird, daß es hierbei keinesfalls um 'normale, kriminelle' Verfahren geht. 💣
-- Weiterhin wurde von ihnen ausgeführt, daß die KronzeugInnen-Regelung grundsätzlich zu Falschaussagen verleitet, da der Strafrabatt parallel zur Aussagebereitschaft steigt. ✪
-- Konkretisiert wurden diese Deals an Beispielen aus früheren Prozessen und Aussagen der jetzigen KronzeugInnen, welche teilweise eingestanden, daß es erst unter dem Druck länger Haftstrafen zu ihren Aussagen kam.

Der Einstellungsantrag wurde, wie nach 20jähriger Kontinuität des Vernichtungsinteresses gegenüber den Gefangenen auch nicht anders zu erwarten, abgelehnt. 💣
Anschließend gab Rolf eine Erklärung mit folgenden wesentlichen Punkten ab: ★

-- Er erzählte über seine Haftbedingungen, über den Transport vom Knast zum Gericht (mit einer zugeklebten Brille), daß ihm wichtige Medikamente vorenthalten werden und daß er keine Reserven mehr hätte. Trotzdem werde er sein antagonistisches Verhältnis zum Staat nicht revidieren. Dies zeigt, daß es dem Staat nicht gelingt, alle Gefangenen zu brechen und fundamentalen Widerstand auszulöschen. 💣
-- Rolf erinnert auch daran, daß die KronzeugInnen-Regelung beschlossen wurde, nachdem den Staatsschutz-StrategInnen längst bekannt war, daß die Gefangenen über Neubestimmung und Deeskalation diskutieren. (Dies Bezug fanden wir etwas unklar. Denn dieser Punkt kann auch als Bedauern darüber verstanden werden, daß der Staat das Deeskalations-Angebot nicht honoriert habe.). ☆
-- Er wies weiter auf die zeitliche Parallele der neuen KronzeugInnen-Prozeß und der KGT-Initiative hin. Er bezog sich auf Helmut Pohls Brief vom August 93 und sagte in diesem Zusammenhang, daß die dort genannten Gefangenen sich eine Verbindung zur revolutionären Initiative offen halten werden. ✌✌✌



-Ein offener Brief im Ladenfensteraushang!-

M99, Zur "verpennten" Durchsuchung am 30.9

An die ungeliebten mutmaßlichen Damen und Herren

der öffentlichen Sicherheit und / der herrschenden Ordnung

Am Donnerstag den 30.9.93 harrten morgens ab, ca. 10 Uhr bis ca. 10 Uhr 45 ein Mannschaftswagen der Berliner Polizei in Begleitung von mindestens acht ZivilbeamtInnen vergeblich auf die Öffnung des Gemischtwarenladens mit Revolutionsbedarf "M99 Kopierladen" - noch - in der Manteuffelstr 99, 10997 Berlin.
Der ebenfalls vergeblich auflaufenden, um Eintritt bemühten, vom Polizeiaufgebot etwas irritierten, ehrenwerten Kundschaft, wurde durch die dort sichtlich enttäuscht wartenden BeamtInnen, für mich verleumderisch mitgeteilt, daß ich wohl verpennt hätte.

Nein!

Ich habe nicht meine Durchsuchung verpennt!

Ich war im Krankenhaus und wartete über zwei Stunden auf die Beurteilung von Röntgenbildern. Die orthopädische Sprechstunde war glücklicherweise keine Massenabfertigung mit Strichliste, sondern die dortige Ärzteschaft spricht auch so lange mit den PatientInnen, wie es deren Situation erfordert.
So kam ich, am Donnerstag den 30. September 1993, erst um ca. 11 Uhr 30 zur Öffnung meines Gemischtwarenladens.
Erfreulicherweise mutmassten die BeamtInnen wohl, wie teilweise bei den gegen mich über 33 polizeilich durchgeführten Durchsuchungsanordungen in den letzten 15 Jahren des öfteren schon geschehen, daß ich wegen vorzeitiger Kenntnis des Durchsuchungsvorhabens mit Abwesenheit glänzte, und verschwanden vor meiner Ankunft.
Die meist, wie auch diesmal vergeblich versuchten Durchsuchungsmaßnahmen sind für mich aufreibend, für die eingesetzten BeamtInnen frustrierend, unergiebig und kosten doch so viel Steuergelder. Ich sehe da nur wieder staatlich verordnete sinnlose Verschwendung von Steuergeldern - und das alles wegen mir, einem alleinbetreibenden, seit 1989 rollstuhlabhängigen, Gemischtwarenhändler! Ich finde, so viel finanziellen Aufwand und polizeiliche Wertschätzung verdient meine Wenigkeit nicht. Ich bin doch ein armes linkes Fossil, daß seine frühere Gefährlichkeit und Unberechenbarkeit längst verloren hat.

VORSCHLAG:

Sie senden mir einfach regelmäßig - nach Kenntnis einer Durchsuchungsanordnung - ein Einschreiben, in dem das gerade gesuchte, begehrte Objekt staatsanwaltlicher Bedürftigkeit und Begierde genau umschrieben ist. Dann weiß ich was verboten ist, und handhabe diese fürsorglichen Informationen entsprechend verantwortlich. Wenn mir da vertraut wird, setzt solch einfühlsames Verhalten mir gegenüber, sicher dringend benötigte Steuergelder frei. Zum Beispiel Geld für menschenwürdige Flüchtlingsherbergen.
Wie der interessierten LeserInnenschaft durch das Studium der Schriften Spekulantenklatsch 2 und " An die Arator Immobilien GmbH" bekannt, kämpfe ich auch als rollstuhlabhängiger Kopierladenbetreiber, bisher noch erfolgreich, seit über 10 Jahren gegen meine Existenz bedrohende HauseigentümerInnen. Die Arator Immobilien GmbH der Familie Marsollek hat, nach Informationen z. B. der Berliner Morgenpost am "Kriegselend in Ex-Jugoslawien " versucht seinen Wohlstand zu mehren, in dem Sie für menschenunwürdige Unterbringung von bosnischen Flüchtlingen mit Steuergelder gewinnbringend von März 93 - August 93, pro Tag, pro Kopf mit bis zu 40 DM gefördert wurde. Das waren für ca. 35 Menschen auf ca. 150 qm gestapelt, monatlich ca. 10 000 DM Mieteinnahmen durch Steuergelder. Dieser Gewinn finanzierte sicher den Mietausfall für die Aratorimmobilien GmbH durch den mit 4700 DM Mietforderung leergewucherten, alteingesessenen, sozial verankerten Lebensmittelladen "Feinkost Kurth"!
Solche Umnutzung öffentlicher Gelder finde ich nicht untypisch, aber trotzdem verwerflich.
Ich hoffe, daß mit diesem öffentlichen Schreiben, diese erfolglose Durchsuchung des Kopierladens M 99 in der Manteuffelstr 99 vom 30.9., keine Fortsetzung erfährt!
Im voraus gutgemeinten Dank!

H G Berlin den 30.9. 93

Ps: Bei Nichtachtung - Keine Garantie ! ...für die vielleicht schlimmen Reaktionen meiner bei Durchsuchungen enttäuscht und empört - weil Ihr verweigerten - Einlaß begehrenden, Anteilnahme Kundgebenwollenden, vermutlich dann höchst irritierten und mir nachvollziehbar verärgerten ehrenwerten Kundschaft.

5.10.93 Die Durchsuchung

Dienstag ca. 13 Uhr kamen 3 Herren der Provinzpolizei "Berliner Staatsschutz". Ihr Begehren nach Auslieferung der Polizeifunkmitschnitte der Mainzer Straße- Räumung von 1991 und 1.Mai 93 konnte ich nicht erfüllen. Vom obengenannten Vorschlag wussten die Herren angeblich nichts. Nach der einstündigen Ladendurchsuchung folgte eine Halbstündige der rollstuhlgerechten Wohnung. Alles ohne Beschlagnahmungs "Erfolg".

In Schwedt gibt es statt der Zelle einen Klubraum

Polizei und Jugendamt der Oderstadt pflegen den Dialog mit Schlägern aus der Neonazi-Szene

Von unserem Redaktionsmitglied Walter Wüllenweber

Wer sehen will, wie Deutsche den braunen Schlägertrupps wieder nachgeben und sich keiner mehr traut zu widersprechen – die Zeitungen nicht, der Bürgermeister nicht, die Polizei nicht, die Bürger schon gar nicht, wer das sehen will, der fahre nach Schwedt. Dort ist die Horrorvision schon nahe an der Wirklichkeit.

Zuerst ein harmloser Fall, ohne Blut und ohne Intensivstation. In der „Bierstube", einer Alkohol-Abfüllstation für Schwedter Neonazis, sind wir mit Mirko Hannig verabredet, einem stadtbekannten rechten Kampfhund. Doch Hannig kommt nicht. Statt dessen kommt Dirk Wittge. „Los, setz die Brille ab!", brüllt er gleich nach Erscheinen und hebt die Fäuste in Gefechtsstellung. Schwedter Neonazis scherzen nicht. Seine Kameraden springen auf und gurgeln betrunkene Anfeuerungen: „Hau drauf! Mensch, hau drauf!"

Polizisten zeigen ihr Selber-schuld-Gesicht

Aber Wittge will sich gar nicht schlagen. Er will Geld. Schwedter Neonazis kriegen, was sie wollen. Die Fäuste öffnen sich. Ein paar Scheine verschwinden darin.

Die Polizisten auf der Wache machen ihr „Selber-schuld-Gesicht". Deswegen die sichere Amtsstube verlassen? „Da hätten wir viel zu tun", sagt einer. Erst als sie beim Feststellen der Personalien Presseausweise erkennen, werden sie aktiv. Eine halbe Stunde später sitzt ein verblüffter Wittge in der Polizeistation. Eine Strafanzeige wird aufgenommen.

Das war vor über vier Monaten. Wittge wurde nicht angeklagt. Es wurde nicht gegen ihn ermittelt. Bis heute sind die Akten nicht bei der Staatsanwaltschaft. Ein Einzelfall?

Auf der Suche nach dem richtigen Weg, dem Rechtsradikalismus zu begegnen, hat sich in den meisten Städten Deutschlands eine „Null-Toleranz-Strategie" gegenüber Neonazis durchgesetzt: keine Verhandlungen, keine Gespräche, kein Verständnis, nichts. Anders in Schwedt. Dort haben sich die Verantwortlichen im Polizeipräsidium und im Rathaus auf einen Dialog mit rechten Gewalttätern eingelassen. Ein verhängnisvoller Irrweg. Nach der Wende ist die Stadt an der Oder republikweit als Terrorstützpunkt der Neonazis bekanntgeworden. Hochburg der verbotenen „Nationalistischen Front", auch nach deren Verbot im November 1992. Das Schwedter Krankenhaus hat alle Hände voll damit zu tun, die Opfer der rechten Schläger wieder zusammenzuflicken.

Auf den Dächern stehen sie und filmen

Am 12. Juni marschiert Carsten K. auf einer Demo durch Schwedt. Gegen die zunehmende Gewalt der rechten Szene. Am Ende der Demo zieht er das Tuch von seinem Gesicht. Zu früh. Auf den Hausdächern stehen Neonazis und filmen. Carsten wird erkannt. Zwei Tage später ist Sportfest in seiner Schule. Ein Mädchen ruft ihn aus der Halle. Draußen warten 20 rechte Schläger. Unter ihnen ist Mirko Hannig.

„Ich hab' versucht mich zu wehren, bis mir einer mit dem Springerstiefel gegen die Stirn getreten hat",

erzählt Carsten. „Dann bin ich ohnmächtig geworden." Carsten wird ins Krankenhaus eingeliefert. Gehirnerschütterung. Zwei Tage Intensivstation, eine Woche Unfallstation.

Am Morgen nach dem Überfall geht seine Mutter zur Polizei. Zwei Stunden muß sie warten, bevor man ihr erklärt, daß sie angeblich ohne ihren Mann keine Anzeige erstatten könne. Am nächsten Tag kommt sie wieder, zusammen mit Carstens Vater. Wieder warten sie zwei Stunden. Dann versucht ein Polizeibeamter sie davon abzubringen, die Täter anzuzeigen. Aus Sicherheitsgründen. Er schlägt vor, ihnen Bilder von Opfern zu zeigen, die rechte Gewalttäter angezeigt hatten. Carstens Eltern bleiben bei der Anzeige. Keine Ermittlungen, keine Anklage. Bis heute weiß die Schwedter Staatsanwaltschaft nichts von dieser Anzeige.

Die Schwedter Bürger auch nicht. „Wir sind doch nicht lebensmüde", verteidigen sich die Redakteure der Schwedter Lokalredaktion der „Märkischen Oderzeitung" und verschweigen solche Vorfälle.

„Einmal im Monat ...", beginnt Dieter Jankow, Chef der Schwedter Schutzpolizei einen ungewöhnlichen Satz. „Einmal im Monat treffe ich mich mit Vertretern der rechten Szene." Mit den Anführern der Schläger. „Absprachen und so." „Präventiv sozusagen." Jankow wirbt um Verständnis und rechnet sich vor, daß er im Notfall „bestenfalls siebzig" Be-

amte mobilisieren kann. „Die Rechten können leicht 100 Leute zusammentrommeln." Kapitulation.

„Kommt raus, ihr Zecken!"

„Die haben ihn fast totgeschlagen. Das hing am seidenen Faden", sagt Giesela A. Ihr Sohn Kai gilt in Schwedt als „links", weil er nicht zur rechten Szene gehört. Am 14. Februar sitzt er mit Freunden im Jugendklub „Wendland". Am späten Abend hören sie draußen Rufe: „Kommt raus, ihr Zecken!" Sie wollen nachsehen. Als sie die Tür aufmachen, stürzt eine Horde Neonazis auf sie zu, mit Stangen bewaffnet. Die Angegriffenen fliehen. Kai schafft es nicht. Wenig später sieht einer von Kais Freunden, wie Mirko Hannig auf ihn einprügelt und tritt. Kai lag zwei Wochen auf der Intensivstation, vier Tage davon mußte er beatmet werden. Danach war er wochenlang in einer Rehabilitationsklinik und danach zu einer Kur. Er hat noch heute kleine Ausfallerscheinungen und ist noch immer in neurologischer Behandlung.

Auch Kais Eltern erstatteten schon am Tag nach dem Angriff Anzeige auf dem Schwedter Polizeipräsidium. Das war vor acht Monaten. Auch diesen Fall hat die Polizei noch nicht der Staatsanwaltschaft übergeben. Kais Eltern haben nie wieder etwas von ihrer Anzeige gehört. Nachzufragen trauen sie sich nicht.

Von Amts wegen ist Burkhard Fleischmann für die Schwedter Jugend zuständig. „Was ich hier mache, ist nur Verwaltung. Das ist keine Politik", sagt der Leiter des Jugendamtes. Fleischmann hat in seiner einjährigen Amtszeit großen Wert auf den Dialog mit Vertretern der Neonazis gelegt, besonders mit der „Nationalistischen Jugend Schwedt" (NJS.) Er stellte der NJS auch einen eigenen Klubraum zur Verfügung. Mehrmals schickte sein Jugendamt der NJS Einladungen zu runden Tischen. Dort diskutierte dann unter anderem auch Oberbürgermeister Peter Scheuer (SPD) mit ihnen. Unter gleichen.

Die „Nationalistische Jugend Schwedt" ist eine Nachfolgeorganisation der vor einem Jahr verbotenen „Nationalistischen Front" und damit selbst verboten. Wer Mitglied in einer verbotenen Organisation ist, kann mit einem Jahr Gefängnis bestraft werden. In Schwedt gibt es statt der Zelle einen Klubraum.

Es ging ja nur um ein Grundrecht

Eine Zeitlang galt Ralf Schroeder in Schwedt als „Rädelsführer der Linken", wie Polizeichef Jankow es ausdrückt. „Der studiert in Berlin. Kreuzberg. Autonome Szene. Sie wissen ja." Schroeder ist ein Student, der mit 21 Jahren noch bei seinen Eltern wohnt und in den Semesterferien im Büro arbeitet. Einmal traute er sich, in Schwedt eine Demo anzumelden. Ein paar Stunden später wurde er schon von der Polizei vorgeladen. Jankow versuchte ihm die Demo wieder auszureden. Es ging ja nur um ein Grundrecht.

Wenige Wochen später lud sich Jugendamtsleiter Burkhard Fleischmann selbst bei Schroeders Eltern ein. Viele Stunden hat er auf sie eingeredet, ihr Sohn möge in Zukunft solche „Provokationen" unterlassen und sich ruhig verhalten. Wie alle anderen in Schwedt auch. Außerdem warnte er die Schroeders: „Ich hatte Anhaltspunkte für Anschläge auf Ralf Schroeder." Der Polizei hat Fleischmann nichts von diesen Anhaltspunkten erzählt.

Bei den Ordnern an der falschen Adresse

Ralf Schroeder hat beschlossen, sich nicht weiter zu engagieren. „Ich bin gegen Faschismus. Das ist in Schwedt nicht normal."

Am 18. September spielt „Pankow" im „Café Lisa" in Schwedt. Peter Fuchs, Lehrer in Schwedt, ist unter den Zuschauern. Fuchs hat sich mehrmals öffentlich gegen den Rechtsextremismus in Schwedt ausgesprochen. Daraufhin stand im „Fräch", dem Kampfblatt der „Nationalistischen Jugend Schwedt", ein Artikel über ihn. Während des Konzerts kommen immer wieder kahlrasierte Jugendliche in den Saal, fotografieren einzelne Zuschauer, auch Peter Fuchs. Der beschwert sich draußen im Vorraum bei den Ordnern. Doch Burkhard Fleischmanns Jugendamt, des Mannes, der nur verwaltet, hat für diesen Abend als Ordner stadtbekannte Neonazis engagiert. Als Fuchs wieder zurück in den Saal will, drängen sie ihn auf die Straße, vor die Fäuste einer Gruppe Nachwuchsnazis. Die prügeln sofort los. Ein paar Schwedter schauen zu, doch keiner traut sich einzugreifen.

Fuchs kann fliehen. Doch ein paar Straßenecken weiter holen ihn die Angreifer wieder ein. Sie treten ihm ins Gesicht. Schließlich kommt ein Maskierter, streicht Fuchs über den Kopf und sagt: „Halt dich raus bei der Antifa, sonst kommen wir wieder." Gehirnerschütterung, Nasenbeinbruch, Krankenhaus.

Einige Jugendliche hatten Mirko Hannig unter den Schlägern erkannt. Am Tag nach dem Überfall wurde Mirko 17. Birgit Kronenberg, Sozialarbeiterin des Schwedter Jugendamtes, lud ihn zum Essen ein. Und danach ins Kino.

Hans-Helmuth Knütter

- ein ideologischer Brandstifter

Skandalöserweise ist **Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter** Dozent und Prüfungsberechtigter am Seminar für politische Wissenschaften der Bonner Uni. Skandalöserweise deshalb, weil er als rechter Ideologe "geistige Munition für Neonazis" (Uni-Schnüss Nr. 13) bietet.

In den "Burschenschaftlichen Blättern" polemisiert Knütter gegen "antifaschistische Gesinnungstüchtigkeit"; in seiner Habilitationsschrift gibt er den Jüdinnen und Juden eine Mitschuld an ihrer Vernichtung. In seiner neuesten Publikation "Wanderungsbewegungen - ein Faktum, Multikulturelle Gesellschaften - eine Fiktion" fordert Knütter, der regelmäßig in den neurechten Zeitschriften "Mut" und "Criticon" veröffentlicht, Vorurteile von Deutschen anderen Nationen gegenüber, da "Vorurteile eine wichtige, orientierende Funktion haben..., ihre vereinfachende Wirkung angesichts der Kompliziertheit der modernen Welt notwendig ist".

Außerdem war Knütter Mentor und Gründer des mittlerweile aufgelösten universitären "Ost-West-Arbeitskreises", der unter der Mitgliedschaft bekannter Bonner Neofaschisten wie **Ralf Küttelwesch** ("Jugendbund Sturmvogel"), **Stephan Wiesel** ("Neuer Deutscher Nationalverein") und **Andreas Jahrow** ("Initiative Gesamtdeutschland") Veranstaltungen wie z. B. mit dem Neonazi-Liedermacher **Frank Rennicke** und dem Auschwitz-Leugner **David Irving** in Universitätsräumen durchführte.

Seine Einflußmöglichkeiten (u.a. Professur auf Lebenszeit am politikwissenschaftlichen Seminar, langjährige Mitgliedschaft im Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung) machen Knütter zu einem gefährlichen ideologischen Brandstifter. Seine menschenverachtenden Ansichten stehen dabei durchaus im Einklang mit der Politik dieses Staates. Insofern ist es sehr fraglich, ob der Appell an offizielle Stellen, gegen Knütter vorzugehen, von Erfolg gekrönt sein kann. In jedem Fall sollte mensch sich nicht darauf verlassen, sondern die Sache selbst in die Hände nehmen. Zeit also für eine

Demonstration

Samstag, 23. Oktober, 11 Uhr

Friedensplatz

Bonn

DER UNTERSCHIED ZWISCHEN WETTERBERICHT UND WETTER

Nachschlag zu Passau/DVU ´93

Wir wollen uns jetzt nachträglich äußern zum bundesweiten Aktionstag "DVU angreifen - kein ruhiges Hinterland" am 02.10.93 in Passau. Nachträglich deshalb, weil wir mit unserer politischen Kritik nicht demobilisierend wirken wollten.
Wir sehen diese Vorgehensweise als möglichen Weg für die Zukunft, um mit den inzwischen doch sehr unterschiedlichen Einschätzungen innerhalb der Autonomen Antifa umzugehen: Wenn die vorhergehende Auseinandersetzung nämlich zu nichts führt, sich trotzdem weiter an geplanten Aktionen solidarisch zu beteiligen, aber nur den Teil zu leisten, der gemäß den eigenen Ansätzen sinnvoll erscheint. Dies ist wesentlich konstruktiver, als sich völlig voneinander abzugrenzen.

Konkret für Passau heißt das, daß wir uns -anders als das letzte Jahr- nicht an der bundesweiten Mobilisierung beteiligt haben. Stattdessen haben wir anläßlich der Großdemonstration versucht, regional die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zu vertiefen und auszubauen.
Die Demo und die Aktionen betrachten wir insofern als Erfolg, als es uns gelungen ist, autonome Inhalte unübersehbar auf die Straße zu tragen und gleichzeitig im Bündnis mit großen Teilen der linksliberalen BürgerInnenschaft Passaus aufzutreten. Innerhalb der über 2000 TeilnehmerInnen lief auch ein großer autonomer Block, der die Demo unübersehbar prägte.

Unsere Kritik am Konzept "Bundesweiter Aktionstag 93":

Im Aufruf wurden die beiden meistdiskutierten Themen des letzten Jahres in Passau einfach ausgeklammert.

Zum einen die Erfahrung mit Großmobilisierungen (Passau, Wunsiedel) überhaupt. Hier hat sich längst gezeigt, daß hilfloser Verbalradikalismus nur schadet. Mit den alten Konzepten (Zentrale Demos, Konvois, moralische Appelle für dezentrale Aktionen) ist es unmöglich, die eigenen Vorgaben in die Praxis umzusetzen ("Verhindern, Behindern, Angreifen"). Dies erfolglose Hinterherrennen wurde noch dazu von manchen Zusammenhängen nicht als Ergänzung, sondern als Ersatz zu regionaler Arbeit praktiziert.
Dies wurde im Aufruf einfach umgangen. Zitat: "Auch dieses Jahr wollen wir bundesweit (...) mobilisieren, um die Wirkung des letzten Jahres nicht verpuffen zu lassen".

So konnte die Lokalzeitung erleichtert melden: "Befürchtete Krawalle blieben aus (..) nur vereinzelt Rangeleien (..) und außer einem abgebrochenen Außenspiegel - kein Sachschaden" (PNP, 4.10.93). Die wenigen DVU-Fahrzeuge, die -laut Gerüchten- dennoch fahruntauglich gemacht wurden, befanden sich nicht in der Innenstadt, hatten also mit dem aufwendigen "Rahmenprogramm" wenig zu tun.

Diese inhaltslose Fortführung um der Fortführung willen fand in einem perspektivlosen Konzept seinen folgerichtigen Ausdruck:
Überall wurde "der Rahmen gestellt". Das heißt, es gab unzählige angemeldete Veranstaltungen, ein riesiges Infosystem und dementsprechend massenhaft Informationen (FAP-Göttingen prügelt sich im Saal mit DVU-lerInnen; Busse(FAP) zieht durch die Stadt;

hordenweise Faschos hier und da usw. usw.).
Die Planung für diesen "Rahmen" nahm schon Monate im voraus die Energie vieler Antifas völlig in Anspruch. Dafür aber fehlten die Gruppen, die diese Infos auch umsetzten.

Zusammengefaßt kritisieren wir die verhängnisvolle Tendenz eines Teils der Autonomen Antifa, bei bundesweiten Nazi-Veranstaltungen "irgendwie" was anzuleiern (Demo anmelden, Plakate verschicken, Konvois ankündigen) und dann darauf zu hoffen, daß irgendwelche entschlossenen und motivierten Antifas von irgendwoher das Ganze zum Erfolg machen. Woher aber diese Motivation in der derzeitigen Situation überhaupt noch kommen soll, auf welche Weise Vorgaben umgesetzt werden könnten, wird einfach ausgeklammert.

Womit wir beim zweiten Punkt wären, der Diskussion um die Antifa-Organisierung. Im letzten Jahr wurde auf diese wichtige Perspektive wenigstens insofern eingegangen, als im bundesweiten Aufruf eine Polemik gegen die sich anbahnende Organisierung enthalten war.

Wir als Teil der Autonomen Antifa Passau nehmen diese Kritik inzwischen zurück. Vielmehr beteiligen wir uns sogar aktiv an der "Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation".
Aber auch andere Projekte sind angelaufen, um die Antifa besser zu vernetzen und voranzubringen. Auf all diese Bemühungen bei einer zentralen Mobilisierung nicht näher einzugehen und die Aktion nicht in einen längerfristigen Kontext zu stellen, bedeutet eine Vernachlässigung aller weiterführenden Fragen.

Eine derartige Einengung des antifaschistischen Blickfeldes und damit Ausklammerung von erfolgversprechenden Perspektiven ist - zumindest bei bundesweiten Aktionen- für uns nicht mehr tragbar.

Resümee:
Selbstverständlich sind alle antifaschistischen Aktionsformen der Vergangenheit nach wie vor geeignete Mittel unserer Politik - also auch bundesweite Demonstrationen. In der momentanen Situation von Krise und Neuorientierung in der Linken ist es aber nicht mehr möglich, ohne jede Entwicklung die Projekte der letzten Jahre weiterzuführen.
Die Ausrichtung zukünftiger Aktionen sollte sich an der inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung orientieren, an der WIR ALLE arbeiten müssen.
Unsere Antwort ist die verbindliche Organisierung der antifaschistischen Kräfte. Es ist unerläßlich, endlich weiterzukommen.

Es geht nicht darum, keine Fehler zu machen, sondern aus den gemachten Fehlern zu lernen.

Das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis!

Antifaschistische Aktion Passau
organisiert in der





Fronteinsatz Somalia

Nationaler Konsens und militärische Intervention

20.000 deutsche Soldaten stachen im Jahre 1900 mit Zielrichtung China in See, um gemeinsam mit den "Truppen der zivilisierten Welt" aus Frankreich, England, Italien u.a. einen Aufstand gegen die Aufteilung des chinesischen Reiches zu zerschlagen. Der "humanitäre" Einsatz richtete sich gegen die sogenannte Boxer-Bewegung, ein "räuberisches und mörderisches Gesindel", wie es damals in Deutschland hieß. Nachdem die deutschen Truppen mit Tamtam und Trara verabschiedet worden waren, ereilte sie eine Hiobsbotschaft auf hoher See: Vorzeitig war es dem internationalen Interventionskorps gelungen, auch ohne deutsche Hilfe Peking einzunehmen. Vom damaligen Kommandierenden des deutschen China-Korps, General von Lessel, wurde diese Mitteilung als "sehr schmerzlich" empfunden, hatten sich seine "jungen Krieger" die Feuertaufe in China doch geradezu ersehnt.

93 Jahre später wird dem deutschen Afrika-Korps in Somalia mehr Glück beschieden sein. Die von der Hardthöhe und dem Bundeskanzleramt so lang ersehnte "Feuertaufe" wird nicht lange auf sich warten lassen. Der Oberkommandierende, General Klaus Naumann, pflegt nicht umsonst mit jenen *"Verlusten"* zu prahlen, *"die zwangsläufig bei Unternehmungen wie in Somalia kommen werden. Diese Realität"*, so der Moltke-Verschnitt, sei *"eine betrübliche Gewißheit"*. In seinen Reden mobilisiert er bereits für den nationalistischen Tag X: Die Beerdigungsfeierlichkeiten, so Naumann, dürften *"bei uns nicht zum Streit führen"*. Sie sollten uns vielmehr *"in der Gemeinsamkeit von Trauer, Mitgefühl und Respekt einen."*

Entsprechend groß war die Erleichterung, als im August die US-Regierung die Dauer der Somalia-Intervention auf mindestens ein weiteres Jahr taxierte. Zuvor hatte Kohl seinen Kollegen in London, Rom und Paris telefonisch zugesichert, *"daß die Bundeswehr auch dann in Somalia bleibt, wenn sich die Lage in dem afrikanischen Land verschärfen sollte.'Es wird keinen deutschen Rückzug geben.'"* (FAZ, 26.7.93)

Wurde die deutsche Armee nach Somalia gerufen? Selbstverständlich nicht, wie die Vorgeschichte der Truppenentsendung belegt.

Das ideologische Startsignal hatte Kanzlerberater Stürmer im November 1992 mit einem FAZ-Beitrag gegeben. Vorbei sei die Zeit, schrieb Stürmer, in der nur der Historiker mit *"Leidenschaft und Tragik, Krieg und Massentod"* konfrontiert sei. Begonnen habe *"wieder die Zeit der großen Stürme"*, in welcher *"Gleichungen entstehen, die nicht ohne tragischen Rest aufgehen"*, in der *"sich Kriege ereignen, die man nicht wegwünschen kann, und Bedrohungen, denen keine Eindämmung entgegensteht."* Nicht länger opportun sei eine *"Politik von Konsens, Kompromiß und Kompensation"* gegenüber Koalitionspartnern und Karlsruher Richtern, welche *"das verantwortungsvolle Entscheiden und Handeln"* nur beengen und erschweren würde.

Auf ein solches Signal hatte der Generalstab nur gewartet. In einem Brief des Führungsstabes der Streitkräfte an Volker Rühe vom 9.12.1992 hieß es:

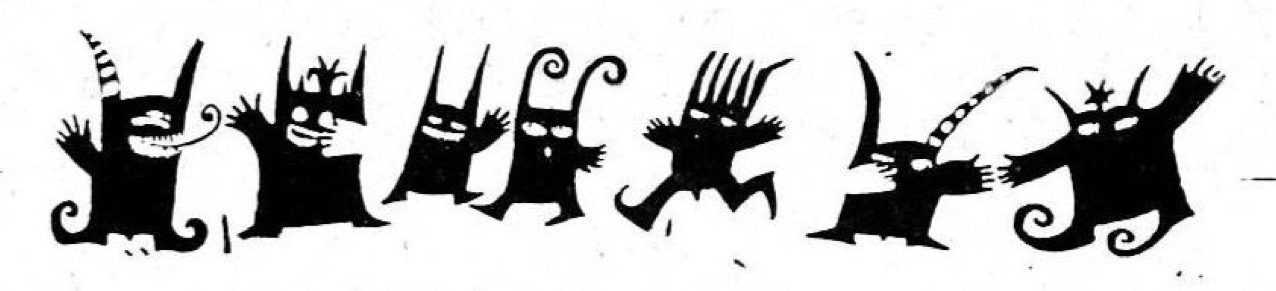
"Unsere Situation im Zusammenhang mit der Beteiligung im Rahmen des Golf-Krieges sollte sich nicht wiederholen. Es kommt jetzt darauf an, durch die personelle Beteiligung Deutschlands an der Aktion der VN in Somalia ein deutliches Signal zu setzen und dabei verfassungsrechtliche Bedenken zurückzustellen." (siehe: Bundestagsprotokoll vom 2.7.93)

Die Konstruktion einer "Verpflichtung" zum Einsatz

Gesagt, getan. Eine Woche später kündigte der Bundeskanzler an, daß die BRD bis zu 1.500 Soldaten *"in schon befriedete Gebiete Somalias entsenden (werde), um die Verteilung von Hilfsgütern für die vom Hungertod bedrohte Bevölkerung zu organisieren."* (FAZ, 18.12.92) Als die USA ihre großangelegte Operation "Restore Hope" in Szene setzten, war freilich das Problem der Verteilung von Hilfsgütern in Somalia bereits weitgehend entschärft. *"Die Zahlen von 95 Prozent Unterernährung und 80 Prozent geplünderter Nahrungslieferungen sind seit Monaten überholt,"* hatte damals die renommierte Hilfsorganisation "Medecins Sans Frontieres" erklärt. Sie würden *"benutzt, um die Ankunft der Truppen zu rechtfertigen."* Als im Januar 1993 UN-Generalsekretär Boutros-Ghali in Bonn weilte, sprach er mit Blick auf Somalia *"nur von deutschen 'Polizisten', deren Entsendung er wünsche. Damit hielt er seine Forderung jenseits des deutschen Streits über das Grundgesetz,"* kommentierte am 13.1.93 die FAZ. Erst in den Wochen darauf, so der SPD-Politiker Klose, habe dann *"die Bundesregierung den Generalsekretär davon überzeugen können, daß aus politischen Gründen ein Bundeswehreinsatz nötig sei, für den dann mühsam ein vernünftiger Auftrag definiert wurde."* (Bundestagsdebatte vom 2.7.93) Welche Pirouetten hierbei gedreht wurden, dokumentiert ein Vermerk des Auswärtigen Amts vom 30.3.93. Man habe vor Ort feststellen müssen, hieß es dort, *"daß für eine bloße Verteilung der Hilfsgüter durch den angebotenen verstärkten Verband (1.500 Mann) kein Bedarf mehr besteht... Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten, geeignete Aufgaben für das angebotene Bataillon zu finden, erscheint es notwendig, unser Angebot innerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen an die gegebenen Umstände anzupassen ... Das VN-Sekretariat scheint ... aus politischen Gründen bereit zu sein,... unser Angebot trotz praktischer Schwierigkeiten zu berücksichtigen."* (zitiert lt. BT-Protokoll vom 2.7.93)

Im April beschloß das Bundeskabinett einen Einsatzbefehl, der mit der Ankündigung von Dezember nichts mehr gemein hatte: An die Stelle der Verteilung von Hilfsgütern gegen den Hunger trat nunmehr die Lieferung von Kriegsgütern (Munition und Treibstoff etc.) für UN-Einsätze gegen die somalischen "Banden".

Eine noch schwerwiegendere Ausweitung erfuhr der Kampfauftrag der deutschen Truppen mit den Ende Juni 1993 von der Bundesregierung verabschiedeten *"rules of engagement"*. In ihnen wurde die *"Selbstschutzkomponente"* der Bundeswehr nicht länger auf die Selbstverteidigung der Soldaten beschränkt, sondern auf die *"Verteidigung des Lebens von Personen und Einrichtungen, die unter dem Schutz der UNO stehen, gegen feindliche Aktionen oder feindliche Intentionen"* ausgeweitet. Dieser Truppenauftrag erlaubt eine Kolonialkriegsführung reinsten Wassers, bei welcher schon die vermeintliche Absicht von Somalis, Mehl zu klauen, deren Erschießung rechtfertigt.



Das deutsche Kriegsgebaren wird in erster Linie um seiner selbst willen praktiziert: als Selbstbekräftigung, wieder normal zu sein (General Bernhardt: *"Wir sind wieder in der Familie"*), als Einstieg in die weltweite Interventionspolitik (Breuer, CDU: *"Die Zukunft der Bundeswehr hat begonnen!"*) und als ein Massentherapeutikum, welches das "Golfkriegstrauma" überwindet und den *"Geist von Belet Huen"* (so Volker Rühe) an seine Stelle setzt.

Daß in Somalia auch langfristige Interessen auf dem Spiel stehen, zeigt der Blick in den Weltatlas. Hierbei "ist zunächst zu sehen", schreibt die "Europäische Sicherheit", *"daß das am Horn von Afrika liegende Somalia durch seine Lage am Golf von Aden und der damit verbundenen Kontrolle der wichtigsten Erdöltransport-Route der Welt eine bedeutende strategische Position hat. Es ist aber auch ein Sprungbrett für Interventionen in Nordafrika, im Mittleren Osten, im Mittelmeer und im Indischen Ozean."* Daß insofern weniger die Situation der Somalis als vielmehr die "nationalen Interessen" der hier engagierten Imperialismen eine "gewichtige Rolle" spielen, wird im Zentralorgan des deutschen Militarismus also gar nicht erst verschwiegen.

"Neue Weltordnung" und neuer Kolonialismus

Dem Stellenwert Somalias für den Weltimperialismus entspricht der Charakter der dort tobenden Auseinandersetzung, in welcher sich alle Kennzeichen einer militanten Kolonialherrschaft mit den Accessoires der "neuen Weltordnung" zu vermischen scheinen. Auf der einen Seite beinahe täglich Demonstrationen gegen die UN-Besatzer in Mogadiscio und unzählige Barrikaden. *"Die Bodenpatrouillen"*, schreibt der "Spiegel", *"wagen sich wegen der Heckenschützen kaum noch auf die Straßen. Und die wenigen Panzer, die zu sehen sind, fahren mit einem derartigen Tempo durch die Stadt, daß Passanten und spielende Kinder oft nur mit Mühe zur Seite springen können."* Auf der anderen Seite MP-Salven von "Blauhelmen", die auch mal in Menschenansammlungen gejagt werden, US-Raketen, die auch mal ein Krankenhaus demolieren und UN-Soldaten, die auch mal auf "Trophäenjagd" gehen. Von belgischen UN-Soldaten wird berichtet, daß sie Somalis in von Krokodilen bewohnte Gewässer getrieben, mit Elektroschocks mißhandelt und *"in mindestens dreißig Fällen vorsätzlich schwer verletzt oder getötet haben."* (FAZ, 27.8.93) Soldaten, die auf jene "gute alte Art" den Somalis eine Lektion über westeuropäische "Zivilität" erteilen, genießen Immunität: Verjagt und verlacht wurde bisher, wer mit schwarzer Hautfarbe eine Beschwerde über die selbsternannten Helfer bei UN-Stellen vorzubringen sich erkühnt hatte.

Einsatzregeln der Bundeswehr für Somalia

1. Die *German Composite Force Somalia (GerComForSom)* darf innerhalb ihrer Ausführungsbestimmungen Gewalt anwenden, den Waffengebrauch eingeschlossen: zur Selbstverteidigung, zur Verteidigung des Lebens von Personen und Einrichtungen, die unter dem Schutz der UNO stehen, gegen feindliche Aktionen oder feindliche Intentionen.
2. Warnungen: Wenn möglich, muß eine Warnung abgegeben werden, bevor das Feuer eröffnet wird. (...)
3. Prinzipien zur Gewaltanwendung: Wenn die Anwendung von Gewalt nötig wird, gelten folgende Regeln: Handlungen, von denen angenommen wird, daß sie exzessive Begleitschäden verursachen, sind untersagt. Racheakte sind verboten. Zu jeder Zeit ist minimale Gewalt anzuwenden.
4. Besondere Regeln: Wenn GerComForSom von unbewaffneten feindlichen Elementen, Menschenansammlungen und/oder Randalierern angegriffen oder bedroht werden, sind sie befugt, angemessen minimale Gewalt anzuwenden, um die Angriffe oder Drohungen abzuwehren. GerComForSom dürfen auch die folgenden Prozeduren anwenden: verbale Warnungen an Demonstranten, Machtaufgebot und Warnschüsse.

Nicht überwachte Gewaltmittel, Tretminen, Minen und Fallen, sind nicht autorisiert.

Personen, die tödliche Gewalt gegen GerComForSom, Materialien, Verteilungszentren oder Konvois anwenden oder androhen, dürfen festgehalten werden. Festgehaltene Personen werden so bald wie möglich der Militärpolizei übergeben.

5. Die folgenden Definitionen gelten:

"Selbstverteidigung": Handeln, um sich selbst oder seine Einheit gegen einen feindlichen Akt oder feindliche Intention zu schützen.

"Feindlicher Akt": Anwendung von Gewalt gegen UNOSOM-Personal oder unverzichtbares UNOSOM-Eigentum oder gegen Personen in einem Gebiet unter UNOSOM-Verantwortung.

"Feindliche Intention": die Drohung unmittelbarer Anwendung von Gewalt gegen UNOSOM-Kräfte oder andere Personen in den von UNOSOM kontrollierten Gebieten.

"Minimale Gewalt": der minimale autorisierte Grad von Gewalt, der unter den gegebenen Bedingungen notwendig, vernünftig und rechtmäßig ist.

(Quelle: taz, 1.7.1993)

Das erklärte Ziel des Krieges ist nach Verlautbarung der US-Regierung die Kontrolle über das gesamte Land sowie die Etablierung einer den USA wohlgesonnenen Regierung und Miliz. Der Charakter der US-amerikanischen Kriegsführung erinnert an die "Nixon-Doktrin" der sechziger Jahre. Nixon hatte in der Schlußphase des Vietnamkriegs, um GIs zu schonen und die Medien zu besänftigen, den Süd-Vietnamesen die Kriegsführung gegen Hanoi überlassen. Letztere wurden von US-Ausbildern, den "Green Berets" zu diesem Behufe bewaffnet, verhetzt und angeleitet. Die Vernetzung von US- und UN-Politik scheint eine neue Ausprägung der Nixon-Doktrin möglich zu machen. In Somalia sind es vorwiegend UN-Soldaten aus Pakistan, Botswana und Indien, die unter Anleitung US-amerikanischer Kommandostäbe die Drecksarbeit zu erledigen haben. Auch die Ausbildung somalischer Kriegsverbände könnte zum Programm der USA gehören. Wie die US-Zeitschrift "Workers World" berichtet, wurden kürzlich einige der in Somalia verwundeten Soldaten als Mitglieder von "Green Beret"-Einheiten identifiziert.

Für die westlichen Großmächte geht es in diesem Krieg zugleich um die Neuaufteilung von Einflußsphären in einer strategisch hochbedeutsamen Region. Schon in den ersten Tagen der Somalia-Operation wurde von lautstarken Wortgefechten zwischen französischen und US-amerikanischen Truppenführern in Somalia berichtet. Offen zugespitzt hatten sich die Widersprüche zwischen der ehemaligen Kolonialmacht Italien und dem US-geführten UN-Kommando. Als im Juli drei italienische Soldaten getötet und 30 verwundet worden waren, hatte der italienische Kommandeur auf eigene Faust, so die FAZ, *"unbegrenzten Schießbefehl ohne Rücksicht auf Zivilisten erteilt."* Zugleich wurde von Rom aus der konfrontative US-Kurs kritisiert.

Die Bundesrepublik hatte sich von Anfang an geweigert, ihre Truppen den Vereinten Nationen zu unterstellen. Die Führung der über 1.700 Bundeswehrsoldaten erfolgt durch einen Einsatzstab der Hardthöhe. Selbstverständlich ist Deutschland nicht nur an der Analyse der Befriedungsaktionen "aktiv beteiligt", wie Volker Rühe erklärt. Mit neun Bundeswehroffizieren im UN-Stab ist Deutschland für die Politik der Besatzertruppen zugleich mitverantwortlich. Das Gewicht der deutschen Stim-



me, so Rühe, wachse *"mit jeder Einheit, die hier eintrifft."* Nachdem die deutsche Parade gegen alle inneren und äußeren Widrigkeiten so mühevoll durchgesetzt wurde, will man nicht nur einen Platz an der afrikanischen Sonne ergattern, sondern zugleich eine neue Machtposition bei der Ausgestaltung der "Neuen Weltordnung". Bereits im März 1993 hatte Außenminister Kinkel in einer Grundsatzrede als "Deutschlands Hauptinteresse" nicht die UN-Konsolidierung, sondern die *"Stärkung seiner politischen und wirtschaftlichen Stellung in der westlichen Völkerfamilie und der von ihr geschaffenen freien Weltwirtschaftsordnung"* herausgestellt.

"Ein ganzes Volk muß gerettet werden"

Der nationalen Interessenpolitik in Somalia entspricht eine darauf zugespitzte Berichterstattung in den Medien. Die "Frankfurter Allgemeine" hatte die besonderen Kennzeichen unseres "Mannes von Belet Huen" besonders prägnant herausgearbeitet: *"Schlank ist er, durchtrainiert, kräftig, von athletischer Figur... aber ein Vergleich mit dem französischen Fremdenlegionär oder dem amerikanischen Marineinfanteristen führt in die Irre. Unser Mann in Belet Huen ähnelt diesen Soldaten allenfalls im Erscheinungsbild. Ansonsten unterscheidet ihn viel, die Herkunft wie die Ausbildung, die vom Leitbild des Bürgers in Uniform geprägt ist."* Apropos "Herkunft": da, so Rühe, *"kein Grund (bestehe), im internationalen Büßergewand aufzutreten"*, wurde dem Verbindungsbüro der Deutschen in Mogadiscio prompt die Bezeichnung *"Wolfsschanze"* beigegeben ("Spiegel" 30/93). Daß dementsprechend auch beim Blutvergießen erst dann ein Aufhebens gemacht wird, wenn es deutsches Blut ist, das da fließt, versteht sich von selbst. Zwar sei, erklärte Oberst Helmut Harff, auf dem Weg nach Belet Huen der deutsche Konvoi von Somalis angeschossen worden, doch sei dabei "kein deutscher Soldat" verletzt worden. Daß es stattdessen die für den Schutz der Deutschen bestellten UN-Soldaten aus Zimbabwe und Ägypten waren, die angeschossen wurden, hatte hierzulande niemanden interessiert.

Auffällig auch die Mischung aus Rambo-Konzeption und Liebe zum somalischen Volk: Unter den Überschriften *"In Somalia zu zaghaft"* und *"Mehr Druck in Somalia"* hatte die FAZ schon im Dezember 1992 die Zurückhaltung der US-Marines kritisiert: Die Amerikaner müßten, um in Somalia Ordnung zu schaffen, *"jetzt Härte zeigen und das Land möglichst rasch durchkämmen."* Falls dies nicht reicht, sind für einen FAZ-Kommentator andere Möglichkeiten vielleicht nicht empfehlenswert, aber doch zumindest denkbar: *"Mogadiscio oder was davon noch steht, kann man flach machen und von seinen Bewohnern evakuieren."* (FAZ, 10.8.93) Die Kehrseite jener mentalen Aggressivität ist — ebenfalls recht typisch — der Schmalz. *"Es geht bei dem Ganzen um das somalische Volk, ein eindrucksvolles, unendlich sympathisches Volk,"* erklärte ein CDU/CSU-Mann dem deutschen Bundestag und Volker Rühe rief aus: *"Ein ganzes Volk mußte gerettet werden."* Aber so ist es nun einmal. Je herziger "das Volk", desto gnadenloser die Abrechnung mit dem "Volksfeind", und vermag dieser auch noch so viele Anhänger zu mobilisieren.

General Naumann kann zufrieden sein: Je deutlicher der militärische Charakter der Somalia-Intervention, desto größer die Zustimmung in der BRD. Längst ist vergessen, daß ein Mann namens Engholm den Entsendebeschluß einst als "Bruch der Verfassung" gegeißelt und ein Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen von einem "Putschversuch" gesprochen hatte. Heute wird von den Bonner Fraktionen jener Parteien der Einsatz wegen Formfehler noch ein wenig gerügt, in der Sache aber längst unterstützt. Hierbei halten sich Überzeugung und Opportunismus die Waage, hat doch inzwischen erneut "der deutsche Frontsoldat" die politische Bühne betreten. In jeder zweiten Rede der Somalia-Debatten des Bundestages kam er vor — ihm gelte der Stolz, ihm werde "im Namen aller Deutschen" gedankt, ihm wünsche man "im Namen der SPD" bei der Erledigung seines Auftrags viel Erfolg. Und welche Kritik an der SPD könnte vernichtender sein als die von der kämpfenden Truppe? "Die größte Gefahr", erklärte verbittert ein Offizier, "kommt aus der Heimat." *"Die Soldaten hat es befremdet"*, rief auch Volker Rühe empört in Richtung SPD, *"daß Sie mitten in einem Einsatz vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind."*

Bei derartigen Tönen ist der nationale Reflex der Sozialdemokratie vorgezeichnet. Der Vorwurf, das Vaterland in der Stunde der Not im Stich zu lassen, zielt auf eine nie verheilte Wunde, die die SPD seit der "Dolchstoßlegende" von 1918 mit sich herumschleppt und die bei der geringsten Berührung wieder zu schwären beginnt. Keine Chance also für den SPD-Fraktionschef, der im Bundestag noch mit einem Spagat (*"Den Streit mit der Bundesregierung werden wir fortsetzen, den deutschen Soldaten in Somalia aber wünschen wir Glück und Erfolg ..."*) glaubte, über die Runden kommen zu können. So nicht, erwiderte der Kriegsminister. Auch in anderen Ländern habe es immer eine Debatte über die Einsätze der eigenen Soldaten gegeben. *"Aber wenn dann entschieden ist, dann sagen alle Abgeordneten der Opposition in den USA, in Großbritannien und in Frankreich: Jetzt stehen wir hinter diesem Einsatz; jetzt kritisieren wir diesen Einsatz nicht mehr! Das wäre ein wirklicher Einsatz im Sinne der Soldaten. (Anhaltender Beifall)"*

Die Identifizierung mit dem todesmutigen Soldaten bringt es mit sich, daß der Vorwurf der "Feigheit" zum Politikum wird. "Wir sind keine Drückeberger!", so die Selbstversicherung eines Klaus Kinkel. "Wollen wir als feige Pfeffersäcke abseits stehen?" fragt rhetorisch der CDU/CSU-Abgeordnete Glos, die Krämer- gegen die Kriegernation ausspielend: *"Sind wir in der Welt irgendwo nur gerufen, wenn es Geld zu verdienen gibt?"*

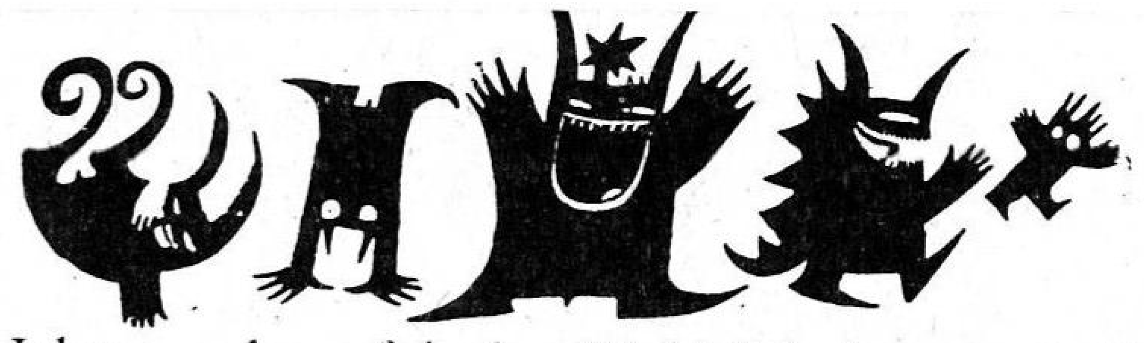
"Soll Afrika wieder kolonialisiert werden?"

Selbstverständlich hat es Demonstrationen gegen die Entsendung deutscher Truppen nach Somalia gegeben. Zu Protestaktionen in der nordsomalischen Stadt Hargeisa war es bereits im Februar in der Erwartung der Ankunft deutscher Soldaten gekommen, wie die "Süddeutsche Zeitung" berichtete. *"Rund 2.000 mutmaßliche Anhänger des somalischen Rebellenchefs Mohamed Fahrad Aidid haben am Mittwoch in Mogadischu gegen die Beteiligung deutscher Soldaten am UN-Einsatz demonstriert"*, hieß es vier Monate später erneut in der SZ.

In der deutschen Öffentlichkeit hatte es gegen die Entsendung der Soldaten, von Widerstand ganz zu schweigen, nicht einmal Proteste gegeben. Die Kritiker des Einsatzes hatten in der Mehrzahl entweder national argumentiert wie etwa Konrad Weiß (*"Kein deutscher Soldat darf sich dafür hergeben"*), Ex-General Schmückle (*"deutsche Knechtseligkeit"*) oder Peter Glotz, der den Kampf um einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat gefährdet sah, weil die ärmeren Länder in den Vereinten Nationen den Deutschen die Teilhabe am Kolonialkrieg verübeln könnten. Oder aber der Einsatz wurde nur aufgrund mangelnder formaler Voraussetzungen kritisiert.

Derlei kritische Anmerkungen, als Pflichtübung formuliert und vorgetragen, sind realiter ein Bestandteil des neudeut-





schen, linksliberalen Common sense, welcher umfaßt:

a. die Überzeugung, daß in den Händen der Vereinten Nationen die Zukunft der Menschheit wohl noch am besten aufgehoben ist. Die neuentdeckte Liebe zu den UN steht in einem zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit deren Rolle als Hilfs- und Exekutivorgan des inzwischen allmächtigen Imperialismus. Solange die Sowjetunion als der Gegenspieler des Imperialismus noch eine konsensuale Politik der Vereinten Nationen hatte erzwingen können, war der Kurswert jener Organisationen demgegenüber vergleichsweise gering. Ganz offenkundig steckt also hinter der Orientierung auf die Vereinten Nationen die Identifikation mit den Mächten, die diese neuerdings beherrschen.

b. die Überzeugung, daß die in Abhängigkeit gehaltenen Bevölkerungsgruppen, zumal in Afrika, sich gegenseitig massakrieren, falls nicht der Westen auch dort für "humanitäre" Verhältnisse sorgt. Die "Woche" etwa lag diesbezüglich mit der Organisierung einer Debatte unter der (ernstgemeinten) Fragestellung: *"Soll Afrika wieder kolonialisiert werden?"* im Trend.

Die Operation "Restore Hope" hatte nicht nur diejenigen bestärkt, die von einem "humanitären" Imperialismus träumen, sie war zugleich geeignet, das schlechte Gewissen zu beruhigen, das den hiesigen Spießer beim Anblick verhungernder schwarzer Kinder zu überfallen pflegt. Die Aktion scheint zu bestätigen, daß die eigene Stärke das Beste für alle ist. (Inzwischen ist die Fiktion von der "humanitären Mission" zwar geplatzt. Daraus folgt aber weniger die Abkehr von der Hoffnung auf die Vereinten Nationen oder die Gegnerschaft zur deutschen Truppenentsendung, als vielmehr die Überzeugung, Deutschland werde auch in Afrika den "Rambos" der USA mit dem besseren Konzept entgegentreten.)

Linker Widerstand fehlt — fünf Thesen

Jenem nationalen Konsens entgegenzutreten, tut sich bisher auch die antikapitalistische und antinationale Linke schwer. Eine Berliner Antimil-Gruppe hatte immerhin versucht, für den Tag S (Entsendung des Hauptkontingents) eine Demo vorzubereiten. Wenn der Aufruf aber davon spricht, daß die BRD sich heute *"als Juniorpartner der USA"* ein militärisches Instrumentarium zulegen müsse, wird das in den achtziger Jahren schon falsche Weltbild der Friedensbewegung (Deutschland am Gängelband der USA) nur reproduziert. Das Hamburger "Komitee gegen den imperialistischen Krieg" war — als vermutlich einzige fortschrittliche Kraft dieser Stadt — bereits am 12.6.93, unmittelbar nach den ersten massiven US-Bombardements gegen Stadtteile in Mogadiscio, mit einem Protestflugblatt auf dem Markt. Am Schluß jener Erklärung wurde die deutsche Somalia-Politik in (immerhin) drei Sätzen erwähnt. Aber auch hier war man dem alten Müster (*"Nieder mit den USA"* — so die Flugblattüberschrift) treu geblieben, ohne zu reflektieren, daß für die Linke einer inzwischen expansiv agierenden Großmacht der Hauptfeind nur im eigenen Land stehen kann. In dem Flugblattentwurf eines "Hamburger Bündnisses gegen Militäreinsätze" wird mehr Sand in die Augen gestreut als Klarheit geschaffen, wenn es heißt, die Bundesregierung wolle mit ihrem Somalia-Einsatz *"vor allem ihrem Ziel, dem ständigen Sitz im Sicherheitsrat, näher kommen."* Wer so die deutsche Militärpolitik von ihrem sozialen Gehalt und die Konkurrenz um die Neuaufteilung der Welt abzukoppeln sucht, muß ganz zwangsläufig, wie jener Aufrufentwurf, bei einer einfältigen Enttäuschung darüber landen, daß "nach Beendigung des Ost-West-Konflikts" der deutsche Rüstungshaushalt immer noch nicht reduziert und trotz erhoffter "Friedensdividende" immer noch keine Gelder in den Sozialbereich transferiert worden seien.

Die Kritik an derartigen Positionen ist freilich einfacher zu entwickeln als der eigenständige, in sich stimmige Standpunkt. Um die Diskussion hierüber zu befördern, seien abschließend einige Thesen formuliert:

1. Die Bilanz von 100 Jahren Imperialismus verbietet jede positive Bezugnahme auf Weltmarkt und Bourgeoisie. Die im "Kommunistischen Manifest" formulierte Hoffnung, die Weltmarkt-Expansion werde *"durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente ... alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation"* reißen, hat sich erledigt. Sie hat statt dessen auch die zivilisiertesten Nationen in die Barbarei gerissen und damit erwiesen, daß Barbarei der Zivilisation nicht gegenübersteht, sondern aus ihr folgt.

2. Der Versuch, Somalia imperialistisch zu "zivilisieren", gehört ebenso wie die deutsche Mitwirkung hieran bekämpft. Die Interventionspolitik unterstützt objektiv, wer hiergegen nicht Partei bezieht.

3. Es gibt keinen Grund, Aidid zu einem antiimperialistischen oder gar antideutschen Vorkämpfer zu stilisieren. Eher scheint es gerechtfertigt, ihn mit Hussein aus dem Irak und Noriega aus Panama in eine Reihe zu stellen. Jene sind aber nicht die Gegenspieler des Imperialismus, sondern dessen Ziehkinder. Durch die Kriegsführung der Großmächte wird jenen kleinen Diktatoren nicht das Ende, sondern nur der Boden bereitet.

4. Dennoch halte ich es für notwendig, anzuerkennen, daß Widerstandsaktionen gegen deutsche oder sonstige UN-Soldaten in Somalia gerechtfertigt sind — und zwar unabhängig davon, ob es mit den Trägern derartiger Aktionen eine politische Übereinstimmung gibt oder nicht. Denn auch dann, wenn das Antlitz dieser Kräfte verzerrt und ihr Anliegen rückständig ist, darf dies kein Alibi sein, die Somalia-Politik des Imperialismus zu akzeptieren oder zu ignorieren, daß die Politik der Ausbeutung und Ausblutung auch den Charakter der gegen sie gerichteten Opposition mitprägt. Für eine Idealisierung jener Widerstandsbewegungen besteht freilich ebensowenig ein Grund. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann die Forderung nach Abzug aller Besatzungsmächte nicht mehr beinhalten, als daß das besondere Gewaltverhältnis einer bewaffneten Intervention beendet und auf das alltägliche Gewaltverhältnis des Weltmarkts zurückgeführt wird.

5. Mit dem Somalia-Einsatz beginnt für den BRD-Imperialismus und damit zwangsläufig auch für dessen Gegnerinnen und Gegner eine neue Etappe. Der Einsatz deutscher Soldaten in kriegerischen Auseinandersetzungen verändert auch die innenpolitische Situation. Der chauvinistischen Euphorie in Wort und Tat entgegenzuhalten, daß nur die möglichst rasche Niederlage der deutschen Truppen dem humanitären Anliegen nützt, wird nicht lange durchzuhalten sein, wenn es bei der gegenwärtigen Vereinzelung der antinationalen Linken bleibt. Für die ersten deutschen Kriegstoten sind die Trauerheuchelfeiern schon konzipiert. Wie steht es um die Vorbereitungen, sie zu stören?

Max Müntzel

Quellen: Zeit, 6.8.93; taz, 21.7.93; konkret 8/93; FAZ, 5.11.92; FAZ, 18.12.92; FAZ, 19.3.93; Europäische Sicherheit 3/93; Kommune 6/93; SZ, 27.7.93; Spiegel 30/93; FAZ, 18.5.93; "Workers World", 19.8.93; FAZ, 15.12.92; FAZ, 21.12.[illegible] FAZ, 10.8.93; FAZ, 21.7.93; SZ, 22.7.93;



Ein mörderischer

Zu den Auseinandersetzungen

Am Abend des 1. Mai 1993 wurde Ercan Sakar in Berlin erschossen. Er wurde Opfer des Kampfes zwischen zwei verfeindeten Flügeln von Devrimci Sol (Revolutionäre Linke). Seit Jahren übt sie durch ihre organisierte Militanz eine große Faszination auf Teile der radikalen und antiimperialistischen Linken in der BRD aus. Viele Erklärungen von Dev Sol oder von Dev Sol dominierten Organisationen wurden in Zeitungen der Autonomen wie „Radikal" oder „Interim" veröffentlicht. Da aber nur wenige deutsche Linke eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit Dev Sol, und auch nicht mit anderen „ausländischen" Organisationen, führen, soll hier in groben Zügen die Geschichte von Dev Sol und die Hintergründe der gewalttätigen Auseinandersetzungen beschrieben werden. Bewaffnete Auseinandersetzungen innerhalb der Linken dürfen nicht ignoriert werden. Um die weitere Eskalation der Ereignisse zu stoppen, müssen Konsequenzen gezogen werden! Dazu bedarf es der Hintergrundinformation.

Geschichte von Devrimci Sol

Devrimci Sol steht, wie einige weitere Organisationen der türkischen Neuen Linken, in der Tradition der „Türkischen Volksbefreiungspartei – Front" (THKPC). Diese war in der Zeit von September 1970 bis März 1972 aktiv, organisierte sich überwiegend aus Studierenden und führte den bewaffneten Kampf gegen das politische System in der Türkei. Ihre Hauptthesen waren:

„1.) Die Türkei ist ein halbkoloniales Land, in dem ein abhängiger, seiner Eigendynamik entkleideter Kapitalismus vorherrscht. Die Aspekte einer demokratischen Revolution (z.B. Agrarreform) sind dadurch in den Hintergrund getreten.

2.) Da die Türkei auf dieser Basis in einer permanenten wirtschaftlichen und politischen Krise steckt, kann keine Rede von einer langfristigen politischen Stabilität und ihr angemessenen friedfertigen Kampfformen sein.

3.) Der bewaffnete Kampf, der gleich allen anderen Kampfformen von einer proletarischen Partei anzuleiten ist, hat zunächst die Aufgabe, die — so Mahir Cayan (einer der wichtigsten ideologischen Führer der THKPC; d.Verf.) — ‚künstlich von Staat und Imperialismus aufrechterhaltene Balance' zu erschüttern, um so das Entstehen der revolutionären Situation zu ermöglichen. „(1)

Nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 — der anfangs Hoffnungen auf eine „linke Junta" geweckt hatte, sich dann die rechten Kräfte aber durchsetzten — wurde die THKPC innerhalb eines Jahres zerschlagen, ihre Führer ermordet und viele Mitglieder in den Gefängnissen zu Tode gefoltert. Die Ideen der THKPC wurden aber von der türkischen Studentenbewegung aufgegriffen und wurden weitgehend zur ideologischen Grundlage der „Föderation der Revolutionären Jugend der Türkei" — bekannt als Devrimci Genclik (Revolutionäre Jugend), kurz Dev Genc.

Aus Dev Genc entwickelte sich 1977 die revolutionäre Massenbewegung Devrimci Yol (Revolutionärer Weg), kurz Dev Yol. Ausgehend vom Begriff des neokolonialen Status der Türkei, den die THKPC geprägt hatte, wurde das System in der Türkei als „Faschismus kolonialen Typs" bezeichnet. Unter Bezugnahme auf Thesen von Dimitroff über die südosteuropäischen Länder ging man davon aus, daß der Faschismus in solchen Ländern nicht über eine Massenbewegung durchgesetzt wird, sondern über eine von oben betriebene Faschisierung; unter Wahrung eines gewissen demokratischen Rahmens.

Erst wenn der Faschismus sich in diesem Prozeß eine Massenbasis verschafft habe, könne er den demokratischen Rahmen völlig außer Kraft setzen. Für die Türkei wurde der Begriff des „verdeckten Faschismus" geprägt, der aber in Situationen, in denen die Krise mit den Institutionen des Systems nicht mehr bewältigt werden könne, offen zutage träte — wie in der Phase nach dem Putsch von 1971.

Der Hauptwiderspruch bestehe zwischen dem Volk und der vom Imperialismus abhängigen Oligarchie, welche versuche, die Last der Krise auf die Bauern und Arbeiter abzuwälzen und den sich rasch entwickelnden Widerstand mit Hilfe der sogenannten Zivilfaschisten zu zerschlagen.



Ercan Sakar

Ausgehend von dieser Feststellung war der antifaschistische Kampf von zentraler Bedeutung für den revolutionären Kampf. Hier entwickelte Dev Yol das Konzept der Widerstandskomitees, um die faschistischen Angriffe gegen eine breite gesellschaftliche Oppositionsbewegung zurückzuschlagen und ein Stück Gegenmacht aufzubauen. Die Komitees sollten möglichst weite Kreise der Linken und der Bevölkerung auf lokaler Ebene im antifaschistischen Widerstand zusammenschließen. Durch den Bau von Barrikaden, das Aufstellen von Wachen und durch Selbstschutzmaßnahmen auf den Wegen zu Schulen und Universitäten, wo oft faschistische Angriffe erfolgten, sollte die Verteidigung organisiert werden.

Mit dem Aufbau einer Selbstverwaltung und der Regelung von Problemen und Streitigkeiten auf lokaler Ebene sollte die Bevölkerung in den politischen Prozeß einbezogen werden. Dev Yol begriff die Widerstandskomitees als Keimzellen für die Volksherrschaft und nicht als Ablösung der staatlichen Herrschaft durch die Herrschaft der Linken. Durch die gemeinsame antifaschistische Praxis vor Ort sollte eine möglichst umfassende Widerstandsfront aller linken und antifaschistischen Kräfte im ganzen Land zustandekommen. Den Aufbau einer Partei sah Dev Yol zwar als unerläßlich an, ging aber davon aus, daß die Bedingungen dazu nicht reif waren, und daß dem ein ideologischer Klärungsprozeß vorangehen müsse. 0(2) Mit dieser politischen Konzeption hatte Dev Yol zeitweilig einen Masseneinfluß, der keinen Vergleich mit anderen, europäischen revolutionären Organisationen hat.

Aus der Massenbewegung Dev Yol (die Zeitung „Devrimci Yol" hatte zeitweise eine Auflage von mehr als 100.000 Exemplaren) entstand 1978 als Abspaltung Devrimci Sol. Die Begründung für ihren eigenständigen Weg war der sogenannte Verrat des Erbes der THKPC, deren Ideen von der Führung von Devrimci Yol angeblich nicht richtig weitergeführt wurden: *„Aus diesem Grund konnte weder eine Weiterentwicklung in der Bildung von Kadern und eine Vollendung einer ideologischen Vereinheitlichung erreicht werden. Unter diesen Bedingungen kämpften die marxistisch-leninistischen Kader in der Devrimci Yol-Bewegung* (die späteren Dev Sol'ler; d.Verf.) *gegen die organisatorische und politische Führung. So entstand Devrimci Sol 1978 als Ergebnis dieses Kampfes. (...) Devrimci Sol ist die Nachfolgerin der THKPC; sie entstand aus dem von der THKPC geschaffenen Potential und entwickelte sich weiter."* (3)

Devrimci Sol führte ihren Kampf in Form von Kampagnen mit einem konkreten propagandistischen Ziel, die sich über

Streit

innerhalb von Devrimci Sol

ein, zwei Monate hinzogen und denen neue Kampagnen folgten. Diese Kampagnen (z.B. gegen faschistischen Terror, gegen Preissteigerungen, gegen Folter auf Polizeiwachen u.v.a.) wurden begleitet von Demonstrationen, die von bewaffneten Ordnern geschützt wurden und von aufsehenerregenden Aktionen: Beispielsweise wurden an zentralen Plätzen Transparente aufgehängt, die teilweise durch Bomben vor dem Abhängen durch die Polizei gesichert wurden.

Auch antiimperialistische und internationalistische Solidaritätsaktionen standen von Anfang an im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Z.B. im November 1978 eine Demonstration vor den Konsulaten der USA, Israels und Ägyptens *„um gegen das Camp David Abkommen zu protestieren, was einen Angriff auf den Kampf des palästinensischen Volkes gegen Imperialismus und Zionismus darstellte — es wurde ein Versuch unternommen, das Gebäude des US-Konsulats in Brand zu setzen und das Gebäude wurde zum Teil zerstört, alles am selben Tag."* (3)

Die Kampagnenpolitik von Dev Sol, der Kampf gegen Faschisten und die internationalistischen Solidaritätsaktionen wurden auch nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 fortgeführt. Doch die Mord- und Repressionspraxis der Militärjunta hinterließ ihre Spuren. Die Bedeutung und der Einfluß der Linken in der türkischen Gesellschaft ging entscheidend zurück. Zwar regierte durch die Junta die Macht der Panzer und Gewehre, aber ein großer Teil der Bevölkerung begrüßte das Ende der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifaschisten, denen auch viele Unbeteiligte zum Opfer gefallen waren.

Der sichtbare Schwerpunkt der Aktivitäten von Dev Sol nach dem Putsch von 1980 lag auf der „Bestrafung" von Folterern, Polizeioffizieren, Militärs, Spitzeln, Angehörigen des türkischen Geheimdienstes MIT und Mitgliedern der faschistischen MHP. Große Anstrengungen unternahm Dev Sol auch bei der Unterstützung und Befreiung ihrer politischen Gefangenen.

Im Rahmen einer Kampagne gegen die Verabschiedung einer neuen türkischen Verfassung durch die Junta 1982 wurde durch Dev Sol-Militante in Deutschland das türkische Konsulat in Köln besetzt. Diese Aktion, sowie die anschließende Kriminalisierung und das Verbot von Dev Sol in der BRD, führte in vielen Städten zu Solidaritätsbekundungen von westdeutschen Autonomen und Antiimperialisten mit Dev Sol.

Wie bei den meisten anderen revolutionären Organisationen aus der Türkei konzentrierte sich der Kampf von Dev Sol ab Mitte der achtziger Jahre auf die Anprangerung der von der Militärjunta seit 1983 zur Wahl gestellten Regierungen. Da die neu verabschiedete Verfassung es zuließ, daß jeder Regierungsbeschluß durch den „Nationalen Sicherheitsrat" und den Staatspräsidenten zurückgenommen werden konnte, bezeichneten Dev Sol und andere revolutionäre Organisationen das Regierungssystem der Türkei als „institutionalisierten Faschismus". Mit bewaffneten Aktionen und Bombenanschlägen auf Institutionen oder Vertreter des Systems führt(e) Dev Sol ihren *„Kampf für die Revolution, für das Bewußtsein und die Ermutigung der Massen."* (3)

Die Bestrebungen unter Arbeitern, Slumbewohnern, Studenten und Jugendlichen mit legalen Vorfeldorganisationen Fuß zu fassen hatten lokal einige Erfolge. Diese reichen aber weit hinter die Bedeutung von Dev Sol vor 1980 zurück. Selbiges gilt allerdings für alle linken türkischen Organisationen.

Die „vorübergehende Festnahme" des Vorsitzenden Dursun Karatas

Seit Mitte 1991 erlebte Devrimci Sol schwere Rückschläge. Polizeieinsätze gegen konspirativ angemietete Wohnungen führten zur Ermordung von führenden Dev Sol-Kadern und Militanten der „Bewaffneten Revolutionären Einheiten" SHD (Devrimci Sol — Silahli Devrimci Birlikler). Und wie so oft in der Geschichte revolutionärer bzw. marxistisch-leninistischer Organisationen, wurden dafür bald die „Fehler" jeweils anderer Teile der Organisation verantwortlich gemacht.

„Bei diesen zentralen Anschlägen verloren wir GenossInnen und KämpferInnen, die die Organisation in den schwersten Zeiten wieder aufgebaut und verteidigt hatten. Diese aufeinanderfolgenden Rückschläge haben unsere Organisation erheblich geschwächt. Die Fehler, die bei der Aufklärung dieser Rückschläge gemacht wurden — besser gesagt wurde ein ernstzunehmender Aufklärungsprozeß nie eingeleitet, sowie keine Vorsorgemaßnahmen getroffen, um eine Wiederholung dieser Fehler zu vermeiden — waren eine regelrechte Einladung für weitere Angriffe gegen Devrimci Sol.

Es kam noch hinzu, daß die Leitung aller Beziehungen und Aktivitäten bis ins kleinste Detail von einer Person und in aller Regel direkt über öffentliche Kommunikationsmittel geführt wurde. (...)

Es war nicht mehr möglich die Augen davor zu verschließen, daß die Organisation seit längerem alleine (von einer Person; d.Verf.) geleitet wurde. (Dursun Karatas; d.Verf.) Sogar die in einer kämpferischen politischen Organisation zwingend notwendigen Organe wie Zentralkomitee, allgemeines Komitee, militärisches Komitee, Sicherheitskomitee, wurden nicht gegründet sondern alles wurde auf seine Person konzentriert. Er sagte: ‚was ich sage, wird getan, ich lasse es nicht zu, über mich zu diskutieren.' Obwohl alle zentralen Publikationen mit ‚ZK' unterzeichnet waren, gab es in Wirklichkeit kein ZK. Und wie bitter es auch erscheint, wußten unsere führenden Kader und die ersten Verantwortlichen in der Türkei davon nichts. (...)

Der zweite Genosse an der Spitze unserer Bewegung, wurde nur weil er eine Diskussion darüber wollte, bestraft. Bis zu jenem Tag hatten wir, teils aus Rücksicht auf die Interessen der Bewegung, teils aus persönlichen Motiven, zu diesem, unsere Prinzipien verletzenden Verhalten einer einzigen Person, geschwiegen; wir hatten uns liberal verhalten. Diesen Fehler konnten wir nicht fortsetzen.

An dem nun erreichten Punkt haben drei unserer, an Schlüsselpositionen befindlichen Genossen, am 13. September 1992 in dieser Entwicklung interveniert und den Vertreter dieser 'Position' des verfälschten Verständnisses festgenommen. (Unser politischer Vertreter im Nahen Osten, Bedri Yagan, hat zusammen mit zwei anderen führenden Personen gegen die Kompetenzen des seit November 1991 im Ausland befindlichen Dursun Karatas vorübergehend interveniert.)

Es wurde ein Protokoll unterzeichnet, das die Bildung einer provisorischen Plattform vorsah, auf der eine von den leitenden Kadern bestehenden Kommission gegründet werden sollte, die die Operationen (die Schläge gegen unsere Organisation) und die Behauptungen in dieser Hinsicht untersuchen sollte. Ferner wurde festgelegt, daß außer zwingenden Ausnahmen nicht in den Prozeß eingegriffen werden soll, sowie keine Umbesetzungen in der Organisation erfolgen sollten. Aber Dursun Karatas, der sich mit seinem egozentrischen Verständnis in Rechenschaftsangst befand, hat von Anfang an dieses Protokoll mit Füßen getreten, ohne geringste Achtung der revolutionären Prinzipien, ohne Vertrauen in die von den Kadern gegründete Kommission, hat er das Problem einseitig dem legalen Flügel (politische und kulturelle Vereine) offenbart.

Die Intervention vom 13. September ist zugleich die realistische Darstellung unserer Organisation. Die Organisation verfügt trotz vieler Kader im Stadium des Parteiaufbaus über keine Organe einschließlich eines ZKs. Die Notwendigkeit im Rahmen des Prinzipes der Einheit der politisch-militärischen Führung, sie von Anfang an, allgemein auch mit politischer Formation zu rüsten, wurde ignoriert, und den Kadern wurde einseitig die militärische Sicht eingeflößt.

Damit nicht genug, es wurde versucht, die Zentrale der Organisation vom Boden des eigenen Landes zu reißen und nach Europa zu evakuieren. (...) Es ist eine klare Realität, daß von einer im Ausland eingerichteten zentralen Basis aus, mit überwiegend technischen Mitteln, wie Fax, Telefon usw., der im eigenen Land dauernden Krieg nicht zu leiten ist." (4)

Diese Passage aus einem Papier der späteren Yagan-Gruppe beleuchtet den Anlaß der dann immer heftiger werdenden Auseinandersetzung, wobei nicht sicher ist, ob hierin auch der Grund liegt. Selbstverständlich ist bei illegal operierenden Organisationen die Sicherheitsfrage von enormer Bedeutung (eine Geringachtung kostet das Leben von GenossInnen). Insofern kann die in dieser Aussage liegende Kritik schon die gesamte Auseinandersetzung beschreiben, sicher kann dies jedoch nicht gesagt werden. Offenkundig ist jedoch, daß es eine grundsätzliche Kritik an der Leitungstätigkeit gegeben hat.

Der Tod von Ercan Sakar

Bedri Yagan, der die „Festnahme" von Dursun Karatas zu verantworten hatte, wurde im März 1993 bei einem weiteren Polizeieinsatz gegen eine Dev Sol-Wohnung in Istanbul getötet.

Beide Seiten, der „Yagan-Flügel" und der „Karatas-Flügel", gingen und gehen mit allen Mitteln, bis hin zu Schußwaffen, gegeneinander vor. Gegenseitig bezeichnen sie sich als Konterevolutionäre. Der „Putsch" führte zur Spaltung. Zur Zeit existieren zwei Organisationen, die den Namen Devrimci Sol tragen.

Diese Ereignisse schlugen sich auch unter den Dev Sol-Anhängern in Deutschland nieder. Es ist schwer einzuschätzen, welche Seite quantitativ bedeutender ist. Zu beobachten ist aber, daß die Spaltung in nahezu jeder Stadt, in dem Dev Sol nahestehende Vereine arbeiten, ihre Auswirkungen hat. Dies weist zumindest darauf hin, daß mehr als der unmittelbare Anlaß (Sicherheitsfrage) eine Rolle spielt. Die Folge ist, daß ein Kampf um die Vereinsräumlichkeiten und die technische Ausstattung geführt wird. Ercan Sakar aus Berlin wurde das Opfer einer solchen Auseinandersetzung. Der „Yagan-Flügel" in Deutschland hatte für den 1. Mai 1993 zu einer zentralen Beteiligung an der 1. Mai-Demonstration in Köln aufgerufen. Dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit den dort lebenden Anhängern des „Karatas-Flügels". Bei ihrer Rückkehr nach Berlin fanden die „Yagan-Anhänger" „ihren" Verein von „Karatas-Anhängern" besetzt. Der „Karatas-Flügel" stellt die Auseinandersetzung wie folgt dar:

„Die ‚Revolutionären Linken Kräfte' (Devrimci Sol Gücler) waren morgens in den ihnen gehörenden Versammlungsort in Berlin eingedrungen und hatten diesen zurückerobert. Die zwei Putschisten, die sich zu dieser Zeit in den Räumen befanden und die ‚Revolutionären Linken Kräfte' nicht reinlassen wollten, waren währenddessen durch die Hintertür geflüchtet. Später kamen die putschistischen Besetzer, die von der 1. Mai-Demonstration in Köln zurückgekehrt waren zusammen mit den TKP-ML-Anhängern zum Verein. Die Wiederbesetzung durch die unter ‚Schutz' Gekommenen ist verhindert worden. So kam es zu einem Streitgespräch zwischen TKPML und den ‚Revolutionären Linken Kräften'. Die Putschistenanführer jedoch, die auf der einen Seite die Rolle der ‚Unschuldigen' spielen, um so den Schutz der anderen Organisationen beanspruchen zu können, und auf der anderen Seite die Menschen gegen die Bewegung mit Haß erfüllen, haben ihre Listigkeit zur Schau gestellt.

Ercan Sakar, der sich mit der verräterischen putschistischen Besetzerbande vor dem Verein befand, zog seine Waffe und schoß auf die 'Revolutionären Linken Kräfte'. Es kam zu einer Auseinandersetzung, bei der E. Sakar verwundet wurde und später im Krankenhaus starb. Der dortige TKP-ML-Verantwortliche stand direkt neben ihm und ist der lebendige Zeuge des Vorfalls."(5)

„Der Putsch ist in der Türkei schon besiegt"!?

Zu den konkreten Vorwürfen, die in erster Linie gegen die Person Dursun Karatas erhoben werden, liegen dem Verfasser keine deutschsprachigen Erklärungen des „Karatas-Flügels" vor. In einer achtseitigen Erklärung vom 11.5.93 wird in bekanntem Vokabular dargestellt, daß die „Putschisten" mit dem heutigen Kampf in der Türkei und mit der Realität von Devrimci Sol keinerlei Verbindung hätten. *„Der ‚Putsch', der uns inmitten des Kampfes in Schwierigkeiten brachte, ist in der Türkei schon besiegt. Die Diskussionen, Erklärungen und Texte zu dem Putsch sind in hunderten von Seiten nachzulesen. Unsere Organisation hat diese Flugblätter und Dokumente als lehrreiches Bildungsmaterial gegen den ‚Putsch' in ihren legalen Publikationen veröffentlicht. Die revolutionäre Demokratie, die wir durchlebt haben, hat die PutschistInnen ideologisch besiegt und sie im Land nicht Boden fassen lassen. Von Anfang an haben wir die ideologische Auseinandersetzung bevorzugt und unseren Aufruf wiederholen wir ständig. Die, die es gesehen haben, daß sie betrogen wurden, üben Selbstkritik und kehren zur Organisation zurück.*

Trotz dieser zusammengefaßten Entwicklungen und trotz der Entscheidung unserer KaderInnen und der Masse hat sich die Machtgier derjenigen, die immer noch am Putsch festhalten, in einen gefährlichen Haß verwandelt. Die Gewalt, die sie anfangs nur ‚innerhalb der Organisation' anwandten, ist heute zu einem schmutzigen Krieg gegen unsere Bewegung geworden."

Und weiter: *„Deshalb greifen die PutschistInnen an dem Punkt an, wo sie politisch besiegt waren. Indem sie die guten Gefühle derjenigen Menschen ausbeuten, die mangels fehlender Kenntnisse die Frage nicht begriffen haben, versuchen sie mit ihrer Doppelmoral die Demagogie der Gewalt und das Prestige unserer Bewegung im Ausland zu mißbrauchen. Sie versuchen, den unserer Organisation zugefügten Schaden und das Blut dutzender gefallener KämpferInnen durch ihren Propagandakrieg, den sie führen, zu vertuschen. In Wirklichkeit haben sie das Vermögen und die Waffen unserer Organisation gestohlen, so daß unsere KämpferInnen fallen, weil sie ohne Waffen und Munition kämpfen müssen."*

Lediglich der Hinweis auf „das türkische Volk", das den Putsch verurteilt, kann hier vermißt werden. Im weiteren werden Zitate aus Flugblättern des „Yagan-Flügels" aufgeführt, die deren Gewalttätigkeit belegen könnten, weiter werden eine Reihe von Vorfällen aufgelistet, die physische Angriffe auf Karatas-Anhänger schildern. Dafür fehlt es aber nicht an „gutgemeinten Ratschlägen": *„Wir warnen diejenigen, die diese Banditen für Linke halten, sie zu schützen und zu unterstützen, welchen Punkt sie erreicht haben und ihre Identität aufmerksam zu beobachten. Die PutschistInnen haben einen Punkt erreicht, wo sie zu allem bereit sind."*

Die Erklärung schließt mit einem Auszug aus der Selbstkritik von „H.", der während des „Putsches" der Verantwortliche für Deutschland im Europa-Komitee von Devrimci Sol war: *„(...) Wiederum war die Propaganda, die wir verbreiteten, im Kern auf die Ablehnung der Führung aufgebaut. Alles was in der Geschichte der Bewegung gut und positiv war, wurde für die Gefallenen und die KaderInnen gutgeschrieben, alles Negative der Führung. So eine Logik war ungesund, aber wir waren damals nicht in dem Zustand, das zu sehen."*(6)

Auch wenn ehemalige „Putschisten" ihren Weg zurück zum „Karatas-Flügel" gefunden haben, ist die Behauptung, daß der „Putsch" in der Türkei „schon besiegt" sei, mehr als fragwürdig. Der „Yagan-Flügel" gibt inzwischen in der Türkei eine eigene Zeitung, „Devrimci Cözüm" (Revolutionäre Lösung), heraus, deren Redaktion und Druckerei inzwischen wiederholt das Ziel bewaffneter Angriffe des „Karatas-Flügels" wurde.

Konsequenzen für die Linke in Deutschland

Die Fakten sind klar. Beide Seiten gehen mit Beschimpfungen und brutaler Gewalt gegeneinander vor und versuchen, mit ihrer jeweiligen Sicht der Dinge andere linke Kräfte für sich zu gewinnen. Das Ziel beider Seiten ist die Isolierung und letztendliche Vernichtung der anderen Seite. Keinesfalls sollten/dürfen sich deutsche Linke vorbehaltlos zu der vermeintlichen fortschrittlichen Opposition bekennen, wie es beispielsweise die türkische TKP-ML (Partizan) und andere tun. Die Folge wäre die Übernahme der Positionen in Bezug auf die andere Seite und würde in der Konsequenz zu solchen Auseinandersetzungen führen wie auf der großen antirassistischen Demonstration in Solingen. Dort wurde die Kundgebung nicht nur wegen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Faschisten und Antifaschisten, und schon gar nicht zwischen Kurden und Türken, abgebrochen, sondern auch wegen Auseinandersetzungen zwischen dem „Karatas-Flügel" von Dev Sol und der TKP-ML (Partizan). Die Parteinahme für die eine Seite bedeutet, daß die Situation gegen die andere noch mehr eskaliert.

„Bolsevik Partizan", eine Abspaltung der TKP-ML, fordert in einem Flugblatt von Anfang Mai 1993: *„Der einzige und zuverlässige Weg für die Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb von Dev Sol ist, daß die beiden Seiten sofort und ohne Vorbedingungen gegenseitig die Gewaltanwendung stoppen. Wenn auch es die Gegenseite ist, die den Angriff startet, muß jegliche Racheaktion abgelehnt werden. Freunde und Freundinnen aus beiden Flügeln von Devrimci Sol! — Es liegt besonders in Euren Händen, zu verhindern, daß noch mehr Menschen Eurer Sache ermordet werden. Lehnt die Anweisungen Eurer Organisation und Führer zur Gewaltanwendung gegen RevolutionärInnen ab und verurteilt sie. Führt diese Anweisungen nicht durch. Zwingt Eure Organisationen zur sofortigen und bedingungslosen Beendigung der Auseinandersetzungen. (...)"*(7)

Dieser Aufruf war sicherlich gut gemeint, wird aber angesichts der Vorwürfe gegen Karatas' Person und der vielen Toten und Verletzten kaum Aussicht auf Gehör finden. Wenn man davon überzeugt ist, daß die andere Seite die Schuld für die

schweren Schäden der Organisation trägt und verantwortlich ist für den Tod vieler GenossInnen, dann ist im Grunde kein Raum für Gespräche mehr da. Wenn die Linke in Deutschland nicht tatenlos danebenstehen will, wenn sich Revolutionäre gegenseitig erschießen (wie auch immer man zu ihren Grundprinzipien stehen mag), bleibt als Alternative nur politischer Druck auf beide Seiten, der verbunden sein muß mit der Forderung nach sofortiger Beendigung der Auseinandersetzungen und dem Beginn eines Klärungsprozesses.

Parteinahme führt in der Konsequenz zur Beteiligung an dem Vernichtungsfeldzug gegen die jeweils andere Seite. Das müßte deutlich geworden sein. Politischer Druck kann nicht weiter gehen, als beide Seiten politisch zu isolieren: keinerlei Zusammenarbeit in der Bündnispolitik, keine Möglichkeiten für einseitige Selbstdarstellungen in Form von Büchertischen oder Redebeitragen bei Veranstaltungen, keine öffentlichen Diskussionen wenn nicht beide Seiten vertreten sind, und als letztes Mittel der Boykott ihrer Flugblätter und Zeitschriften.

Keine sehr erfreulichen Aussichten. Die politische Isolierung kann in bestimmten Situationen, z.B. bei der Durchsetzung der Verhinderung eines Büchertisches, zu Auseinandersetzungen mit dem jeweiligen Flügel von Dev Sol führen, der das natürlich als konterrevolutionären Akt begreifen wird. Letztendlich steht man gegen beide Flügel, da die eine Seite das Verbot, z.B. eines Büchertisches, als Unterstützung der anderen Seite auslegen wird. Deshalb sind eindeutige und unmißverständliche politische Begründungen der Vorgehensweise notwendig. Ignoranz und Abwarten, welche Seite sich nach wieviel weiteren Toten durchsetzen wird, sind wahrlich keine Zeichen von internationaler Solidarität.

Quellen:

1) Lothar A. Heinrich, „Die kurdische Nationalbewegung in der Türkei"; Deutsches Orient-Institut, Hamburg, 1989

2) Artikel „Devrimci Yol — Ein revolutionärer Weg im antifaschistischen Kampf"; Antifaschistisches Infoblatt Nr.9, Berlin Okt./Nov.1989

3) Broschüre „Die Revolutionäre Linke — Devrimci Sol", Juni 1990

4) Erklärung von Devrimci Sol — Europa-Vertretung (Yagan-Flügel), April 1993; „An die befreundeten Organisationen und Personen"

5) Flugblatt von Devrimci Sol — Europa-Vertretung (Karatas-Flügel), 2.5.93; „Die Putschistenführer treiben mit sich auch die Menschen in ihrer Umgebung ins Unglück"

6) Erklärung von Devrimci Sol — Europa-Vertretung (Karatas-Flügel), 11.5.93; „Einer kämpfenden Organisation in den Rücken zu schießen heißt, den Kampf gegen die Völker der Türkei zu führen"

7) Flugblatt von „Bolsevik Partizan", 6.5.93; „Es gibt keinen berechtigten Grund, kein berechtigtes Ziel für Gewaltanwendung unter revolutionären Organisationen!"

Politische Ziele, Strategie und Selbstverständnis von Dev Sol

Peter Gröger, Juli 1993

„Devrimci Sol zielt auf eine antiimperialistische, antioligarchische Volksrevolution.

Diese Revolution wird der politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Hegemonie des Imperialismus ein Ende setzen, die Herrschaft des Imperialismus und seiner ausbeuterischen lokalen Kollaborateure vernichten und die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes beseitigen. Unser Land wird die Unabhängigkeit erlangen und von einer eigentlichen Volksdemokratie regiert werden, wenn eine antiimperialistische, antioligarchische Volksrevolution erreicht ist. (...)" Devrimci Sol verfolgt dabei die *„Strategie des Volkskrieges, in der der bewaffnete Kampf die Hauptform ist und die anderen Formen politischen, ökonomischdemokratischen Kampfes dem bewaffneten Kampf untergeordnet sind, der den Sieg erringen wird, indem er einen Avantgardekrieg durchläuft. Unser Land ist ein neokoloniales Land unter Besetzung des Imperialismus und wird vom fortgesetzten Faschismus regiert. (...)"*

„Devrimci Sol versucht sich in Übereinstimmung mit der von ihr angenommenen Strategie zu organisieren. In Übereinstimmung mit diesem organisatorischen Verständnis bedarf es zu Beginn keiner Unterscheidung zwischen Partei und bewaffneter Organisation. Die Partei muß gleichzeitig eine bewaffnete Organisation sein, und diese grundlegende Organisation muß in die politische Organisation integriert sein, die alle Bereiche des Volkes abdeckt. Es ist unmöglich, die Kontinuität vom Kampf zu erlangen, ohne daß eine Bewegung, die sich in den Massen ausbreitet, geschaffen werden kann.

Devrimci Sol konnte dieses Stadium an Organisation noch nicht erreichen; sie durchläuft den Prozeß der Entwicklung in eine Partei. Allerdings betrachtet Devrimci Sol den Entwicklungsprozeß in eine Partei nicht als endlosen Prozeß. Noch erweist sich die Wirksamkeit, die die Organisation bietet, die nicht in der Lage ist, die Funktionen einer Partei durchzuführen, als die einer ‚Partei'. (...)"

„Devrimci Sol, die wahrnimmt, daß die antioligarchische Volksrevolution durch das Bündnis verschiedener Klassen und Schichten des Volkes erreicht werden kann, verteidigt die Auffassung, daß eine Front nur unter Führung der Partei des Proletariats aufgebaut werden kann. Es ist unmöglich, eine Volksfront aufzubauen, die die Arbeiterklassen und Schichten vereinigen will, ohne daß eine Partei des Proletariats existiert, die den Kampf der arbeitenden Klassen führt, und der revolutionäre Kampf erreicht ein Niveau, auf dem eine breite Beteiligung der arbeitenden Klassen und Schichten stattfinden wird. (...)"

Zur Kurdistanfrage steht Dev Sol auf dem Standpunkt, daß *„die Bourgeoisie der unterdrückten Völker nicht fähig ist, die nationale Frage zu lösen. (...) Basierend auf der Analyse, daß das kurdische arbeitende Volk zur Hauptkraft der Revolution zählt, zielt Devrimci Sol darauf, die kurdischen Arbeiter zu organisieren und zu vereinigen, an der Seite der türkischen Arbeiter unter derselben Organisation. (...) Devrimci Sol glaubt, daß sich beide Völker unter dem selben Dach vereinigen werden und die antiimperialistische, antioligarchische Volksrevolution unter der Führung des Proletariats erreichen werden. Auf diesem Weg wird die kurdische Frage geregelt werden im Verhältnis mit dem Nutzen des Proletariats und mit den konkreten Bedingungen. (...)"*

„Devrimci Sol – basierend auf der Tatsache, daß es eine kurdische nationale Frage in der Türkei gibt – ist die organisierte Avantgarde nicht nur des türkischen, sondern auch des kurdischen Volkes. Weil sie erkennt, daß eine Revolution in der Türkei durch die vereinigte Kraft der türkischen und kurdischen Völker durchgeführt werden kann.

Devrimci Sol ist die organisierte Avantgarde der Völker der Türkei. (...)"

„Devrimci Sol ist eine internationalistische Bewegung; sie betrachtet sich selbst als einen Teil der weltweiten kommunistischen Bewegung und als Anhängerin von Marx, Engels, Lenin und Stalin, sowie der Dritten Internationalen. (...)"

„Eine Revolution in der Türkei wird den Imperialismus (...) weltweit schwächen, zum Kampf der unterdrückten Völker beitragen und den Glauben der Völker der sozialistischen Länder an den Sozialismus wieder beleben. (...)"

„Devrimci Sol vertrat die Auffassung, daß die Probleme des Sozialismus durch das Aufkommen des Revisionismus nicht durch eine weltweite Versöhnung mit dem Imperialismus und mittels Durchführung kapitalistischer Reformpolitik gelöst werden können. Diese Methoden werden keinen anderen Ausgang nehmen als die Wiederbelebung des Kapitalismus und den Beginn eines Prozesses kapitalistischer Restauration.

Die Probleme des Sozialismus können gelöst werden durch: Krafteinsatz gegen die imperialistischen Intrigen und bürgerliche Kräfte unter proletarischer Diktatur, das Erreichen der aktiven Teilnahme der Arbeiterklasse und der Volkskräfte am Aufbau des Sozialismus, dadurch, daß Bürokratismus (verschwindet?, bekämpft wird?; d. Verf.), *der das Volk weit von der kommunistischen Partei entfremdet; Nichtversöhnung mit dem Imperialismus weltweit, das stetige Hochhalten des internationalistischen Geistes und Bündnisse mit nationalen Befreiungskämpfen, und am wichtigsten: der Schaffung des sozialistischen Menschen. Alles Gegenteilige dient nur dazu, den Kapitalismus wiederzubeleben. (...)"*

Quelle: Siehe Quelle 3 des Artikels

Das neue Asylbewerberleistungsgesetz

Rassismus in Gesetzesform

Ende Mai wurde der Artikel 16 und damit das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Die Herrschenden wollen damit nicht nur weitere Flüchtlinge von außerhalb an der Einreise in die BRD hindern, sondern auch hier im Land Rassismus schüren. Ein Mittel hierfür ist die Verabschiedung eines weiteren Sondergesetzes, dem "Leistungsgesetz für Asylbewerber".

Kaum noch Geld für Flüchtlinge

Bisher bekamen hier lebende Flüchtlinge mit Einschränkungen Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Ab 1.Oktober werden die ohnehin schon bescheidenen Leistungen der Sozialhilfe durch das Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes noch weiter gekürzt. AsylbewerberInnen und Angehörige, die noch nicht länger als ein Jahr in der BRD leben, sowie Flüchtlinge, die eine Duldung haben, bekommen jetzt deutlich weniger.

Die bisherigen Sozialleistungen werden pauschal für Flüchtlinge um 25% gesenkt. Anstatt von Geldleistungen soll es grundsätzlich nur noch Sachleistungen geben. Bargeld gibt es dann nur noch in Höhe von 40 DM für Kinder und 80 DM für Erwachsene. Ein lächerlich geringes Taschengeld, das die Bürokraten den Flüchtlingen zur "Befriedigung persönlicher Bedürfnisse" zugestehen. Die Flüchtlinge sollen nicht einmal in dem bescheidenen Rahmen der Sozialhilfe über ihr eigenes Geld verfügen können, sondern in neueinzurichtenten Läden der Heime Sachleistungen erhalten, die ihnen nur persönlich ausgehändigt werden.

Medizinische Hilfe nur, wenn's gar nicht anders geht

Flüchtlinge sollen nur noch bei akuten Krankheiten die erforderlichen medizinischen Hilfen bekommen. Langfristige Nachsorge und Behandlung werden nicht finanziert, da die Bürokraten der Ansicht sind, daß Flüchtlinge sowieso nur einen kurzen Zeitraum in der BRD bleiben. Die medizinische Mindestversorgung wird von staatlichen Stellen sichergestellt. Damit soll die freie Arztwahl für Flüchtlinge ausgeschlossen werden.

Arbeitszwang

Da der Staat bei den Unterprivilegierten seinen Sparwillen entdeckt, sollen auch die Flüchtlinge nicht außen vor bleiben. Sie sind verpflichtet sogenannte Arbeiten zur Selbstversorgung und Aufrechterhaltung der Heimeinrichtungen zu verrichten. Dafür erhalten sie dann einen Hungerlohn von 2 DM pro Stunde. Trotz Arbeitspflicht haben Flüchtlinge keinen Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung.

Nicht nur für Flüchtlinge...

Die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zielt nicht nur auf die Diskriminierung und Ausgrenzung der Flüchtlinge. Als Schwächste in der Gesellschaft sind sie die erste Gruppe, bei der das beispiellose Sozialabbauprogramm durchgesetzt werden soll. Keiner soll denken, er sei von Sozialabbau und Lohnraub ausgenommen. Die Sozialhilfe soll nächstes Jahr um 3% gekürzt werden und dann für zwei Jahre eingefroren werden. Ebenfalls sind jetzt erstmals in der Geschichte der BRD durch die Metallkapitalisten die Tarifverträge gekündigt worden.

Informationsveranstaltung:

Das neue Asylbewerberleistungsgesetz – Rassismus in Gesetzesform

Mit Beiträgen über die Situation im Flüchtlingswohnheim, über das neue Leistungsgesetz und seine Folgen und über möglichen Widerstand dagegen.

Am **Dienstag**, den **19.10.93** um **19.30** im **Haus der Demokratie, Raum 205** , Friedrichstr.165, U-Französische Str.

Alternative Linke

■ Brandanschlag

Noch keine Spur

Bad Wildungen (taz/dpa) – Von den Tätern des Brandanschlages in Bad Wildungen fehlt bislang jede Spur. Bei dem Anschlag auf ein Mehrfamilienhaus waren in der Nacht zum Dienstag ein 31jähriger Familienvater aus Sri Lanka, seine 27jährige deutsche Ehefrau und ihre zwei Kinder verbrannt. Wie die Obduktion ergab, starben sie an einer Rauchvergiftung. Polizei und Brandexperten des Landeskriminalamtes gehen von Brandstiftung aus. Das Feuer sei gleichzeitig auf der Rückseite des Gebäudes und im Souterrain unterhalb des Treppenhauses ausgebrochen. Das sei bei einem technischen Defekt „kaum vorstellbar“, sagte ein Sprecher. Hinweise für einen ausländerfeindlichen Anschlag gibt es bislang nicht.



AntiFa-Café-Wedding

in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage

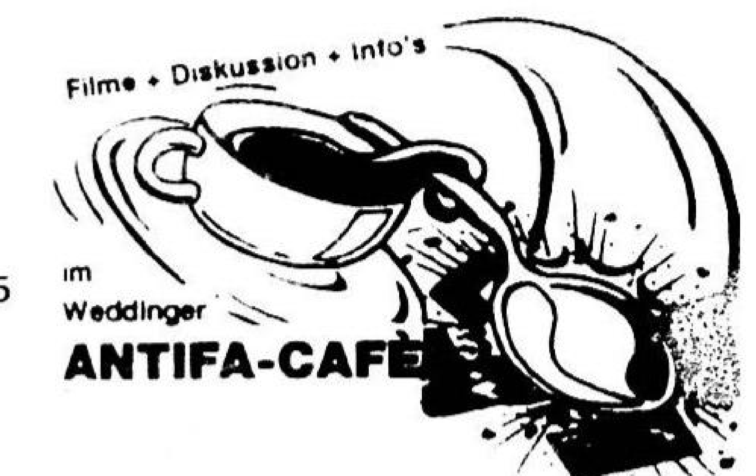
Filme + Vorträge + Diskussionen

3.10. **Keine Veranstaltung**

17.10. Infoveranstaltung mit Film

Kontinuitäten

"Nazirichter und andere Sympathisanten"
Film von Peggy Parnaß
anschließend Ergänzungen zur BRD-Justiz nach 45
Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der AIM
(Antifaschistische Initiative Moabit) mit Diskussion"



31.10. Infoveranstaltung

Gegen die Grenzen in unseren Köpfen!

Ein Versuch zu Rassismus im Alltag
anschließend Diskussion

Café + Broschüren + Bücher

Jeden 1. und 3. Sonntag i
jeweils ab 17 Uhr

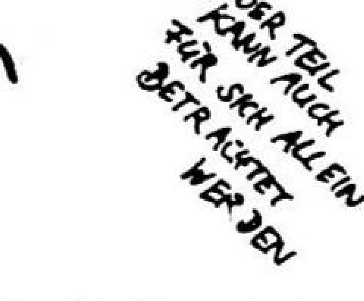
SHOAH

EIN 9-STÜNDIGER FILM VON CLAUDE LANZMANN (1986)

An vier Abenden im Café KGB:

15. OKTOBER ★ 22. OKTOBER ★ 29. OKTOBER ★ 5. NOVEMBER

jeweils um: 20.30 h



ANKUNFT, ALLTAG, VERNICHTUNG UND WIDERSTAND (INCL. WARSCHAUER GHETTOAUFSTAND) IN DEN VERNICHTUNGSLAGERN AUS DER PERSPEKTIVE DER ZEITZEUGEN



Potse

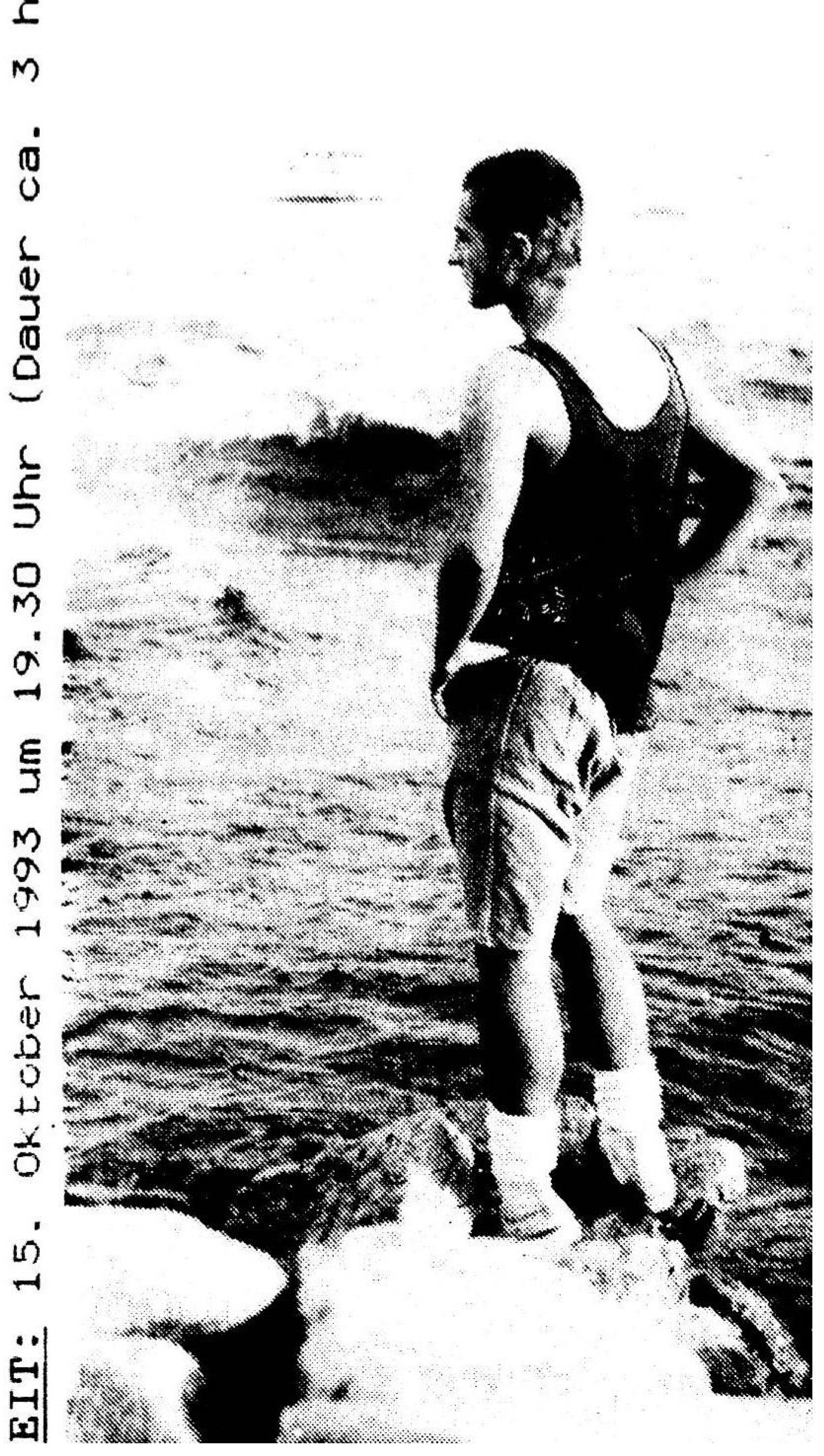
Potsdamer Straße 180, U-Kleistpark,
U Kurfürstenstr., S/U-Yorckstr.



Georg Zielezinski, Zeichnungen aus

as Private ist Politisch !

nfoveranstaltung zur Männer-Radikalen-Therapie (MRT)
RT: Kommunikationszentrum Friedenau (Komm Rum),
Schnackenburgstr. 4
EIT: 15. Oktober 1993 um 19.30 Uhr (Dauer ca. 3 h)




Was tun? tu nix – to wat!
tut tut
BERLIN
besetzt
WIR ALLE